



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 80, Oktober 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Ein Staatsstreich-Versuch

5.10.2017, 17:43 von *schweizerzeit* 5.10.2017

Juristische Ränke zwecks Entrechtung der Stimmbürger

Wenn die «Neue Zürcher Zeitung» ihrer Leserschaft die Unterstellung der Schweiz unter EU-Recht schmackhaft machen will, lädt sie meistens Frau Professor Astrid Epiney, Direktorin am Institut für Europarecht der Universität Freiburg, als Gast-Kolumnistin ein.

Dies einmal mehr am 3. Oktober, da Epineys Kommentar «Richter und Rechtsstaat» (NZZ, 3.10.2017, S. 10) exemplarisch zeigt, wie nach Brüssel orientierte Paragraphenreiter die Aushebelung der in der Bundesverfassung garantierten direkten Demokratie glauben durchsetzen zu können.

Der Lausanner «Entscheid»

Dafür wird plakativ ein «dem Bundesgericht» zugeschriebener Entscheid zitiert, wonach unser oberstes Gericht in allen Belangen, welche in bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU angesprochen werden, zwingend alle vom EU-Gerichtshof vorgeschriebene Rechtsauslegung zu befolgen habe, womit EU-Recht dem in der Schweizerischen Bundesverfassung festgelegten, hier im Rahmen der direkten Demokratie von Volk und Ständen geschaffenen Recht vorgehe.

Aus dieser Ausgangslage heraus stehe zum Beispiel die EU-Auslegung zur Personenfreizügigkeit klar über der Schweizerischen Bundesverfassung, über Entscheiden des hiesigen Souverän. Wer dies – meint Frau Epiney weiter – nicht respektiere, der untergrabe den Rechtsstaat.

Zunächst: Frau Epiney geht mit dem von ihr beschworenen «Bundesgerichts-Entscheid» juristisch recht oberflächlich, man ist geneigt zu sagen: Ziemlich tendenziös, um. Der von ihr so positiv gewürdigte Entscheid ist kein «Entscheid des Bundesgerichts», bloss eine mit knapper Mehrheit in einer bestimmten Kammer des Bundesgerichts zustande gekommene Begründung, zu der sich – und das darf man durchaus als «unverständlich» einstufen – das gesamte Gremium des Bundesgerichts bis heute in Schweigen hüllt.

Souveränitäts-Abtretung durch Vertragsabschlüsse?

Weiter ist festzuhalten: Die EU schliesst nicht allein mit der Schweiz Verträge ab. Die EU schliesst auch Verträge ab mit den USA, mit China, mit Südkorea, mit Japan, mit Indien, mit Kanada, wohl auch mit Kenia und Nigeria und vielen anderen Staaten dieser Welt. Hat irgend jemand dazu je die Behauptung erhoben, all diese Vertragspartner der EU hätten sich bezüglich der im vereinbarten Vertrag angesprochenen Sachbereiche dem allein das in der EU geltende Recht auslegenden EU-Gerichtshof zu unterstellen? Haben die USA, China, Südkorea, Japan, Indien, Kanada, Kenia, Nigeria und alle anderen Vertragspartner der EU ihre Souveränität je teilweise der EU



abtreten müssen, nur weil sie mit der EU einen oder mehrere Verträge abgeschlossen haben? Keine Spur! Ist also die Schweiz, erklärtes Nicht-Mitglied der EU, weniger souverän als die USA, als China, als Südkorea, als Japan, als Indien, als Kanada und all die anderen mit der EU Verträge aushandelnden Staaten? Wie kommt Frau Epiney, ausgewiesene Juristin, dazu, der Schweiz kurzerhand Souveränität abzusprechen, wenn diese als souveräner Staat mit der EU Verträge eingeht?

Dass EU-Mitgliedsländer gegenüber Brüssel nur noch beschränkte Souveränität besitzen, trifft selbstverständlich zu. Das haben sie mit ihrer Mitgliedschafts-Erklärung der EU gegenüber so gewollt. Aber die Schweiz ist nicht EU-Mitglied! Das einzige zur Abtretung von Souveränität berechtigte Organ der Schweiz, der Souverän, also die Gesamtheit der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen, hat sich ganz bewusst nie dazu bereit erklärt, der Schweiz die EU-Mitgliedschaft zuzumuten. Dies zu bedauern, ist Frau Epiney in unserer freiheitlichen Schweiz selbstverständlich zuzubilligen, diese feststehende Tatsache aber einfach zu unterschlagen – damit disqualifiziert sich Frau Epiney als ernstzunehmende Juristin selbst!

Souveränitätsverlust gegenüber jedem Vertragspartner?

Die Schweiz als souveräner Staat unterhält mit vielen, ja mit fast allen Staaten dieser Welt vertragliche Beziehungen. Sie hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten insbesondere erfolgreich um Freihandelsverträge bemüht. Sie war der erste nichtasiatische Staat, der mit Südkorea – einem unserer wichtigsten Wirtschaftspartner – einen Freihandelsvertrag auszuhandeln vermochte. Auch mit China ist der Schweiz ein Freihandelsabkommen gelungen. Sie unterhält ausgehandelte Freihandelsbeziehungen mit Dutzenden von Ländern. Hat sie sich deshalb je dem höchsten Gericht Südkoreas, dem höchsten Gericht Chinas, den höchsten Gerichten all unserer Freihandels-Vertragspartner unterstellen müssen? Wer nur will derartigen Unsinn ernsthaft verbreiten und vertreten?

Rechtsstaat

Ein souveräner Staat, jeder souveräne Staat, hat sich dem Recht unterstellt, das er auf der Grundlage seiner Verfassung für sein Land geschaffen und als gültig erklärt hat. In der Schweiz mit ihrer direkten Demokratie hat das Volk alles Wichtige, alle Grundsäulen unseres Rechtsstaates festgelegt. Das so geschaffene Recht ist für unser Land und all seine Einwohner verbindlich. Es bleibt auch verbindlich, wenn die Schweiz Verträge mit anderen Staaten oder Staatengruppen abschliesst.

Pacta sunt servanda

Nun existiert für zivilisierte Staaten als wichtiger völkerrechtlicher Grundsatz das Prinzip «pacta sunt servanda»: Verträge, die man abgeschlossen hat, sind auch einzuhalten. Dieses Prinzip wird von der Schweiz zweifellos mit aller erforderlichen Sorgfalt beachtet und eingehalten. Aber es bedeutet doch in keiner Weise, dass sich die Schweiz, wenn sie mit anderen Staaten Verträge eingeht, dem höchsten Gericht ihrer Vertragspartner zu unterstellen habe.

In der Regel sehen bilaterale oder multilaterale Verträge Schiedsgerichts-Lösungen vor für den Fall, dass zur Auslegung vereinbarter Verträge Meinungsverschiedenheiten entstehen. Diese Regelung, die keinen Vertragspartner benachteiligt, hat sich bewährt. Aber sie verlangt von keinem Vertragsstaat, er müsse sich der Rechtsprechung seines Vertragspartners unterwerfen. Solches in Zusammenhang mit dem Prinzip «pacta sunt servanda» der Schweiz unterstellen zu wollen, hat mit Rechtsauslegung nichts, mit (ziemlich blinder) politischer Rechthaberei um so mehr zu tun.

Wer von der Schweiz verlangt, sie müsse sich, wenn sie mit der EU Verträge abschliesse, dem EU-Gerichtshof als der allein und abschliessend zur Rechtsauslegung berechtigten Instanz vorbehaltlos unterwerfen, der hat den Boden geltenden Rechts (auch Völkerrechts!) verlassen. Der will durch rechtspolitische Ränke ein politisches Ziel durchsetzen, das er auf dem von der Verfassung vorgegebenen Weg – zum Beispiel mittels Volksinitiative – offensichtlich nicht erreichen zu können glaubt. Er scheint von Staatsstreich-Gelüsten getrieben zu werden, indem er die Schweiz Schritt für Schritt – unter Umgehung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen – ihrer Souveränität berauben will.

Das Rezept ist bekannt

Das Rezept, wie die Schweiz gleichsam hinterrücks ihrer Souveränität beraubt werden kann, wie sie der EU ohne Volksabstimmung angegliedert werden kann, liegt dem Bundesrat seit rund sieben Jahren vor. Es wurde ihm 2010 in einem vom Bundesrat bestellten Gutachten des Zürcher Staatsrechtlers Daniel Thürer unterbreitet. Die Landesregierung hat dieses Gutachten, als es ihr seinerzeit unterbreitet wurde, als derart brisant eingestuft, dass sie es sofort zur «Geheimsache» erklärte. Selbst den aussenpolitischen Kommissionen beider Räte wurde es

vorenthalten – was einem Gesetzesbruch gleichkam. Der Bundesrat hielt es monatelang unter Verschluss, doch bald sickerte durch, dass irgendein brisantes Papier zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU in einer Bundesratsschublade lagere, welches Bern lieber nicht veröffentlichen wolle. Nachdem die *«Weltwoche»* und die *«Schweizerzeit»* einzelne Elemente daraus zu publizieren wussten, die sich später als in jeder Beziehung tatsachengerecht erwiesen, entschloss sich der Bundesrat mit anderthalbjähriger Verspätung zur Veröffentlichung des genannten Gutachtens.

Das Gutachten Thürer erwies sich tatsächlich als brisant. Es zeigt dem Bundesrat Wege, wie selbst der Beitritt der Schweiz zur EU durchgesetzt werden kann, ohne dass das Volk dazu befragt werden muss. Konkret schlug Professor Thürer vor, Bundesrat und Bundesverwaltung sollten künftig konsequent alles, was an Beschlüssen, an Verordnungen und Gesetzen von EU-Gremien ausginge, grundsätzlich immer als *«für ganz Europa gültig»* einstufen und entsprechend beachten und nachvollziehen. Ein solches Vorgehen, konsequent befolgt, erlaube mit der Zeit, alles von der EU ausgehende Recht als *«Völkerrecht»* einzustufen. Wobei immer zu betonen sei, dass alles, was *«völkerrechtlichen Charakter»* trage, von jedem Staat, der Rechtsstaat sein und bleiben wolle, mitgetragen werden müsse – von EU-Mitgliedern wie EU-Nicht-Mitgliedern gleichermaßen. Dem geltenden Völkerrecht könne sich – wer nicht *«Schurkenstaat»* sein wolle – niemand entziehen. Auf solchem Weg – für den es in der Schweiz allerdings auch nicht einen Hauch von Verfassungsgrundlage gibt – habe sich unser Land mit allem, was vom Völkerrecht schaffenden Brüssel komme, automatisch zu identifizieren, womit es ganz von selbst immer stärkeren Mitglieds-Charakter entwickle. Man könne – das die daraus resultierende Schlussfolgerung – dem Volk dazu nie eine Vorlage unterbreiten, die einen Entscheid zuliesse, der unser Land von der Anwendung geltenden Völkerrechts dispensieren würde.

Das in kurzen Zügen der Inhalt der von Professor Thürer dem Bundesrat unterbreiteten – von diesem zunächst zur *«Geheimsache»* erklärten – Überlegungen und Vorschläge zur automatischen Eingliederung der Schweiz in die EU – ohne Volksabstimmung. Genau dieser von Prof. Thürer gelegten, von einer Bundesratsmehrheit offensichtlich übernommenen Leitlinie folgt Frau Epiney in ihrem NZZ-Kommentar.

Mit *«Recht»* haben ihre Ausführungen wenig – mit politischem Ränkespiel zwecks Aushebelung der direkten Demokratie um so mehr zu tun. EU-No/US

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/ein-staatsstreich-versuch_172

Anmerkung: Leider gibt es im Schweinestall der Heimatverräter in der Schweiz verantwortungslose Elemente resp. EU-Diktatur-Beitrittsbefürwortende, die als Heimatabtrünnige, Heimattreulose und Heimatilloyale derart perfid-arglistig, schäbig, schmutzig und schimpflich an der Freiheit und am Frieden des Schweizervolkes freveln und damit auch an der Bundesverfassung der Heimat Schweiz Verrat und Vertrauensbruch begehen, indem sie die Heimat Schweiz unter die EU-Diktaturfuchtel zu bringen versuchen, folgedem sie kein Anrecht auf die Schweizer Staatsbürgerschaft haben dürften und ihnen diese entzogen und sie aus dem Land ausgewiesen werden müssten.

Billy

Drei Schritte vor – drei Schritte zurück

12.10.2017, 00:00 von *schweizerzeit*

Der Bundesrat, die EU und der Rahmenvertrag

Bundesrat Didier Burkhalter ist frustriert aus dem Bundesrat zurückgetreten, nachdem nicht einmal mehr dessen EU-freundliche Mehrheit seinen Schnellzug in Richtung Abschluss des Rahmenvertrags mit der EU zu besteigen bereit war.

Die Idee *«Rahmenvertrag»* geht zurück auf eine Forderung der EU: Am 21. Dezember 2012 verlangte Brüssel von Bern formell die *«institutionelle Anbindung»* der Schweiz an die EU. Der Bundesrat markierte Einverständnis und schlug vor, die geforderte *«institutionelle Anbindung»* in Form eines Rahmenvertrags festzuschreiben. Dieser Rahmenvertrag sollte Bestimmungen enthalten, die übergeordnet sowohl für alle bereits abgeschlossenen als auch für alle in Zukunft noch Tatsache werdenden bilateralen Verträge zwischen Bern und Brüssel verbindlich sein sollen. Sowohl im Bundesrat als auch im Parlament unterstützten deutliche Mehrheiten das Vorhaben *«Rahmenvertrag»*. Nur die SVP markierte Ablehnung.

Schnellzug oder Bummelzug

Bundesrat Burkhalter drängte während Monaten auf raschen Abschluss dieses Vertrags. Die weiteren vier

bundesrätlichen Befürworter des Vertragsinhalts zögerten indessen zunehmend, die formelle Unterzeichnung des Rahmenvertrags schon jetzt vorzunehmen. Denn der Rahmenvertrag ist ein internationaler Vertrag, der auch geltende Bestimmungen in der Bundesverfassung tangiert. Das hat zur Folge, dass Bundesbern diesen Rahmenvertrag mindestens dem fakultativen Referendum unterstellen muss.

Mit anderen Worten: Das letzte Wort zum Rahmenvertrag wird das Schweizervolk sprechen. Und vier der fünf Rahmenvertrags-Befürworter im Bundesrat sind überzeugt, dass dieser Rahmenvertrag, wenn jetzt darüber abgestimmt werden müsste, in der Volksabstimmung durchfallen würde. Ein Nein zum Rahmenvertrag wollen diese Befürworter engerer Anbindung der Schweiz an die EU aber um jeden Preis vermeiden.

Was steht im Vertrag?

Was soll denn in diesem von Brüssel verlangten Rahmenvertrag festgeschrieben werden? Dessen Inhalt ist längst bekannt – zumindest seit der Unterzeichnung eines Vorvertrags dazu, welche am 13. Mai 2013 durch die Verhandlungsführer beider Vertragsparteien im Einverständnis mit deren Regierungen erfolgt ist. Drei Hauptforderungen hätte die Schweiz mit diesem Vertrag zu erfüllen:

Erstens müsste sie alle EU-Beschlüsse, EU-Gesetze, EU-Verordnungen, die Brüssel einseitig als «binnenmarkt-relevant» bezeichnet, automatisch, also ohne jede Mitsprache und Mitbestimmung übernehmen.

Zweitens müsste die Schweiz, wenn Meinungsverschiedenheiten zur Auslegung eines bilateralen Vertrags entstünden, akzeptieren, dass der EU-Gerichtshof – also das höchste Gericht der Gegenseite – das letztinstanzliche, nicht mehr anfechtbare Urteil zum Streitfall fällen würde.

Drittens müsste die Schweiz der EU ein Sanktionsrecht (also ein Bestrafungsrecht) einräumen für den Fall, dass die Schweiz einmal einen Entscheid des EU-Gerichtshofs – zum Beispiel dann, wenn eine Volksabstimmung in der Schweiz etwas davon Abweichendes beschliesst – nicht übernehmen könnte.

Unterwerfungsvertrag

Wer die im erwähnten Vorvertrag von beiden Seiten unterzeichneten Bestimmungen liest, dem wird sofort klar: Da wird der Schweiz jede bilaterale Gleichberechtigung abgesprochen. Der bilaterale Weg wäre beseitigt, neu würde die EU allein bestimmen – die Schweiz hätte sich zu unterziehen. Der Rahmenvertrag ist in Wahrheit ein Unterwerfungsvertrag. Brüssel verordnet der Schweiz damit eine Art Zwangsverheiratung mit der EU.

So rasch sich der Bundesrat zu Beginn dieses Jahrzehnts all diesen Forderungen gebeugt hat, so klar ist ihm heute: Die Zustimmung des Volkes suchen zu müssen für einen Vertrag, welcher die Schweiz der Willkür Brüssels aussetzt – das ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Deshalb möchte er lieber zuwarten – vielleicht, so hofft er wohl, kommen einmal «bessere Zeiten» für eine Volksabstimmung über den Souveränitätsverlust der Schweiz ...

Brüssel drängt

Aber Brüssel drängt weiter auf raschen Vertragsabschluss. Es besitzt dazu auch eine Trumpfkarte, die es kürzlich ausgespielt hat. Der Trumpf heisst «Juncker-Besuch». Zu Beginn des laufenden Jahres sah es auch der Bundesrat in seinem Jahresprogramm noch vor, im Herbst 2017 – also jetzt – EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, zur feierlichen Unterzeichnung dieses Rahmenvertrags nach Bern einzuladen. Doris Leuthard, amtierende Bundespräsidentin, wollte mit dieser feierlichen Vertragsunterzeichnung ihr Präsidialjahr krönen.

Doch der Bundesrat – obwohl mehrheitlich für diesen Rahmenvertrag – will derzeit nicht unterzeichnen. Brüssel drängt zwar weiter: Juncker käme nicht nach Bern, wenn er mit leeren Händen nach Brüssel zurückkehren müsse. Der Besuch wurde vorerst verschoben – auf November. Erst provisorisch – die definitive Zusage erfolgt erst, wenn Bern Substantielles anzubieten weiss.

Bundesbern ist mit seinem Kurs «drei Schritte vor – drei Schritte zurück» also in der Zwickmühle: Lässt man den Besuch Junckers platzen, verdirbt man der eitlen abtretenden Bundespräsidentin ihr Präsidialjahr. Unterzeichnen will man aus Angst vor der Volksabstimmung den Rahmenvertrag aber auch nicht. Was anderes kann man Brüssel anbieten?

Eine Idee dazu ist kürzlich geboren worden: Bundesbern könnte Brüssel einen weiteren, reich dotierten «Kohäsionsbeitrag» anbieten. Bisher wurden der EU von der Schweiz drei Kohäsionszahlungen – Zahlungen an die wirtschaftliche Entwicklung Osteuropas – entrichtet. Diese erreichten einen Gesamtbetrag von rund 1,5 Milliarden Franken. Selbst wenn der vierte Betrag eine Milliarde betragen würde, so schmerzt deren Überweisung den Bundesrat selber kaum; es sind ja die Steuerzahler, die dafür bluten müssen ...

Der Entscheid über den Besuch Junckers steht noch aus. Ebenso der Entscheid bezüglich der diskutierten vierten Kohäsionszahlung. Das zögernde Hin und Her des Bundesrats öffnet Brüssel Möglichkeiten, Druck auf Bern

auszuüben. Und Frau Leuthard bangt: Der krönende Abschluss ihres Präsidentschaftsjahrs hängt noch in der Luft.
EU-No/US

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/drei-schritte-vor-drei-schritte-zurueck_173

Auszüge aus dem 688. offiziellen Kontaktgespräch vom 20. August 2017

Billy ... Aber zurückgreifend will ich nochmals auf den gewaltigen Sturm in den USA mit ungeheuren Zerstörungen kommen, denn solche Stürme werden sich ja in kommender Zeit mehren und auch immer gewaltiger werden, wie ich weiss, wie alle anderen Katastrophen auch, die überall auf der Erde immer häufiger auftreten werden.

Ptaah Das wird so sein, und der nächste grosse Hurrikan bahnt sich in seinem Ursprung bereits an, und er wird sich zu Beginn der ersten Tage im September entwickeln und voraussichtlich gewaltiger sein als der, über den wir gesprochen haben.

Billy Kann ja nicht anders sein. Was mich nun aber interessiert, ist die Sache mit der Ausweisung von 755 Diplomaten aus Russland, wozu ich meine, dass das vielleicht wirklich vom US-Präsidenten willkommen geheissen wurde und seinem Sinn entspricht, wofür sich aber all die Russlandfeindlichen rund um ihn in der Regierung rächen werden. Donald Trump dankte ja Putin für die Ausweisung der Diplomaten, wobei er sagte, dass die USA dadurch viel Geld sparen werden. Trump sah das Ganze also durchaus positiv, dass Russland die US-Diplomaten aus dem Land beförderte. Trump sagte, dass die Ausweisung die Gehaltskosten für die USA sehr senke und dass also viel Geld gespart werde, folglich er sich bedanken wolle, dass die USA jetzt eine kleinere Gehaltsliste haben, und zudem gebe es keinen Grund für das ausgewiesene Botschaftspersonal, nach Russland zurückzukehren. Es war Ende Juli, denke ich, dass Putin als Reaktion auf neue US-Sanktionen gegen Russland anordnete, dass insgesamt 755 Mitarbeiter in der amerikanischen Botschaft in Moskau und in den US-Konsulaten das Land zu verlassen hatten. Die krankhaft dumm-idiotischen US-Sanktionen sind ja infolge der angeblich russischen Pro-Trump-Hackerangriffe im US-Wahlkampf sowie bezüglich der Annexion der Krim-Halbinsel im Jahr 2014 ausgedacht und verhängt worden. Tatsache ist dabei auch, dass die meines Erachtens berechnete Entscheidung von Putin – eben die Diplomaten rauszuschmeissen – das ohnehin schon angespannte Verhältnis zu den USA weiter belastete. Und wie es in den USA ist, werkeln die hinter Trump wirklich regierenden US-Mächtigen und werden das Ganze der Diplomatenausweisung nicht einfach hinnehmen. Und dass der Präsident von den hinter ihm funktionierenden effektiv Regierenden nach ihrem Sinn dirigiert und umgekrempelt wird, damit er nach ihren Geigen tanzt, das realisiert Trump aber offenbar nicht – oder er kuscht vielleicht einfach, das ist wohl klar. Folglich nehme ich an, dass von diesem Hintergrund-US-Regierenden resp. von den wirklich Regierenden, die hinter Trump ihr hinterhältiges Handwerk betreiben, wider den Willen von Trump ein Rückschlag gegen Russland geplant wird, eben frei nach dem US-Rachesystem: «Wie du mir, so ich dir noch vielfach mehr.» Meines Erachtens könnte es sich ebenfalls um eine Ausweisungsaktion von Diplomaten handeln, wie aber auch um US-Regierungs-Terroraktionen gegen sonstige Russen und Geschäftsleute und russische Firmen usw. in den USA. Solch ein Schritt der US-Regierungsmächtigen – gegen den Willen von Trump – ist wohl zu erwarten, denke ich, wie das die USA ja schon unter dem Trump-Vorgänger Barack Obama getan haben, der die Zahl russischer Diplomaten um 35 reduziert hatte und zwei russische Erholungszentren in den USA schliessen liess. Auch Obama schwor bei seiner Wahl ja Stein und Bein, was er alles an Gutem tun werde, wovon er dann aber praktisch kaum etwas umsetzen konnte, weil er – wie es bei allen US-Präsidenten seit jeher der Fall war und auch weiterhin und folglich auch bei Trump sein wird – durch die hinter ihm Regierenden alles bestimmen lassen und er praktisch all seinen Wahlversprechen untreu werden musste und völlig versagte. Wenige seiner Wahlversprechen kann er vielleicht ja tatsächlich durchbringen, wie z.B. das Unerfreuliche in bezug auf den Mauerbau an der Grenze zu Mexiko, wie auch hinsichtlich der «Sans-Papiers-Eingewanderten» resp. die ohne Ausweispapiere in die USA Migrierten und deren Nachkommen, die etwas mehr als eine Million sein sollen, wie du mir bei der Wahlposauerei von Trump gesagt hast. Und so, wie ich das Ganze sehe, wird es gesamthaft auch bei Trump so sein wie bei allen US-Präsidenten – wie auch bei praktisch allen Staatsmächtigen der Welt –, dass er seine effektiv guten und wertigen grossspurigen Wahlversprechen nicht wird einhalten können, weil die hinter ihm Regierenden, die wirklich die Regierungsmacht haben, ihn umpolen und nach ihrem Willen zwingen, das zu tun, was sie wollen, folgedem sie ihm auch das Gute, Richtige und Wertvolle unterbinden, das er wahl-

versprechend tun wollte. Und gerade da sehe ich die grosse Russlandfeindlichkeit und den Hass all der Hintergrund-Regierenden und jenes Teils des Volkes, die Russland nach US-Manier umkrepeln und zu einem US-Vasallenstaat machen wollen.

Ptaah Du siehst das Ganze in richtiger Weise, denn tatsächlich wird es sich schon in kurzer Zeit erweisen, dass deine Worte Wirklichkeit werden, denn es werden durch die Regierenden hinter dem US-Präsidenten Trump – wie du die massgebenden Regierenden nennst, die wirklich die US-Regierungsmacht ausüben – schon jetzt russlandfeindliche politische Intrigenpläne ausgearbeitet, um sich gegen die Ausweisung der US-Diplomaten aus Russland zu rächen. Du hast mir zwar kürzlich gesagt, dass du infolge des klobigen und holperigen sowie rüpelhaften Verhaltens Trump als ‹Trampel› bezeichnen würdest, weil er sich eben ‹trampelhaft› benehme, doch ist dabei zu bedenken, dass er nicht diplomatisch geschult ist und daher frei so redet, wie er seiner Ansicht nach alles sieht und versteht.

Billy Was ja eigentlich ehrlicher ist als die verlogene Diplomatie.

Ptaah Das ist wohl richtig, doch das schafft ihm Feinde von all jenen, denen Lügen und Betrug eher schmecken als die Wahrheit, weil sie ihre Intelligenz nicht zu nutzen wissen und daher weder in reeller Weise die gegebenen Fakten wahrnehmen noch richtig verstehen können. Deshalb vermögen sie auch nicht etwas Gesagtes oder einfach anfallende Fakten in der vorgegebenen Weise wahrzunehmen und können auch nicht darüber nachdenken, damit sie das Ganze in ihrer Richtigkeit zu durchschauen, wirklich zu realisieren und zu entschlüsseln vermöchten, was als effective Dummheit zu bezeichnen ist. Und das trifft leider auch bei jenem Gros aller US-Bürger und US-Bürgerinnen zu, die regierungsgläubig und regierungsanhängig sind, die von den Regierenden für sich denken lassen, weil sie selbst dazu unfähig sind.

Billy Wenn nicht richtig hingehört und auch sonst Gegebenes nicht richtig wahrgenommen und dann noch missverstanden und verdreht wird, dann – so finde ich – ist das nicht nur ein Faktor der Unaufmerksamkeit, sondern auch ein Fakt der fehlenden Intelligenz oder eben dessen, dass die unterentwickelte Intelligenz nicht in gutem und zweckmässigem Rahmen genutzt wird.

Ptaah Das ist wohl so, doch sind wir vom Thema abgekommen, denn ich wollte noch klarlegen, dass sich in kommender Zeit, und zwar auch in den kommenden Wochen, in den USA politisch-feindliche Ränke gegen Russland ergeben, die sehr unerfreuliche Folgen nach sich ziehen werden. Das Russlandfeindliche und die dumm-dreiste Unbedachtheit des Gros der US-Regierenden sind nicht nur äusserst bedauerlich, sondern äusserst primitiv-unbesonnen, unvernünftig und voller Gefahr, die in den kommenden Wochen noch durch den wirren Diktator Kim Jong Un in Nordkorea gesteigert wird, weil von US-Amerikanischer Seite aus keine Schlichtungsbemühungen unternommen werden, wie dies Verstand und Vernunft erfordern würden.

Billy Das sehe ich auch so. Doch ist auch zu sagen, dass Kim Jong Un ein grössenwahnsinniger Verrückter und voller Hass gegen die USA ist, der nicht weiss, welchem tödlichen Wahn er nachhängt und glaubt, dass er die USA und die US-Verbündeten besiegen könnte. Er ist völlig verrückt, wie auch die USA-Mächtigen, die in ihrem Grössenwahn glauben, dass sie mit idiotischen Drohungen dem Wahn des Nordkorea-Diktators Paroli bieten könnten. Zu verstehen ist der Kerl nicht, denn was er in der Schweiz resp. in Bern gelernt hat, wo er unter falschem Namen jahrelang studiert hat, ist ihm bestimmt nicht in sein Diktaturwesen eingehämmert worden. Was ich aber jetzt einmal ansprechen möchte – worüber wir zwar auch schon früher einmal gesprochen haben – ist das, dass ein andermal ein Besucher ein Mitglied von der KG gefragt hat, ob denn auch schon ein anderes KG-Mitglied mit jemandem von euch Plejaren Kontakt gehabt habe, was natürlich verneint werden musste. Auch wurde letzthin von Besuchern die Frage laut, ob denn ihr Plejaren dereinst offene Kontakte mit den Staatsführenden der Erde aufnehmen werdet. Wenn du vielleicht dazu etwas sagen willst, was sich bezüglich beider Fragen schon früher ergeben hat?

Ptaah Das kann ich, ja. Für Kerngruppe-Mitglieder wurde die Möglichkeit persönlicher Kontakte mit uns effectiv in Betracht gezogen, wie du selbst weisst und auch bemüht sein wolltest, die notwendige Möglichkeit dazu zu schaffen. Das Ganze wurde aber durch die unglaublich unvernünftigen und teils gar böartigen Querelen diverser KG-Mitglieder verunmöglicht, folgedem gesamthaft von verschiedenen Vorhaben Abstand

genommen und letztendlich das Ganze für unmöglich und für alle Zeiten für undurchführbar erklärt werden musste. Und dies wird für alle kommenden Zeiten ebenso bleiben wie auch, dass wir Plejaren uns nach deinem Lebensende endgültig von der Erde zurückziehen werden. Und was die Frage danach betrifft, ob wir mit irdischen Staatsführenden in Kontakt treten werden, so ist auch dies absolut klar geklärt, nämlich dass wir dies unter keinerlei Umständen tun werden, und zwar weder zur gegenwärtigen noch zu einer späteren resp. zukünftigen Zeit. Zwar waren wir gewillt, unter bestimmten Vorbehalten mit Staatsführenden der Erde in Verbindung zu treten, wofür du L.E. unsere Forderungen übergeben hast, damit er sie an die US-Regierung weitergeben konnte. Gegenteilig zu unseren Forderungen wurden dann jedoch – von welchen Stellen auch immer – dir über L.E. anderweitige und äusserst überhebliche Forderungen an uns überbracht, die für uns aber absolut inakzeptabel waren und auch einer Unverschämtheit entsprachen. Und dies war darum so, weil die an uns gestellten Forderungen derart selbstherrlich und geheimnistuend sowie geheimdienstlich hinterlistig waren, dass nicht wir, sondern die US-Regierung, deren Geheimdienste und Militärs die Kontrolle und Macht über unsere Kontakte mit den USA haben sollten, was wir selbstverständlich nicht akzeptieren konnten. Wir waren – und sind – keine Bittsteller, sondern wir boten Hilfe und eine Verbündung an, die den Vereinigten Staaten von Amerika und später auch der Sowjetunion sowie der ganzen Erdenmenschheit letztendlich einen dauerhaften Weltfrieden und für irdische Verhältnisse unermesslich wertvolle technische und medizinische Fortschritte gebracht hätte. Wir waren damals – wie schon gesagt – keine Bittsteller, sondern unsere Bemühung war die einer kooperativen und hilfreichen Verbündung, in die wenige Tage später, wenn die Verbündung mit den US-Staatsverantwortlichen zustande gekommen wäre, auch die Sowjetunion einbezogen werden sollte, danach dann nach und nach auch alle anderen Länder der Erde. Durch die Verbündung wären zuerst Bestrebungen für weltweite Friedensbemühungen erfolgt, die innert weniger Jahre zu einem dauerhaften Weltfrieden geführt hätten. Daran waren aber die Staatsmächtigen, die Geheimdienste und die Militärs der USA offensichtlich nicht interessiert, weil sie alle in bezug auf ihre Regierungsgewalt an ihren Machtpositionen festhielten und nicht gewillt waren, sie zum Wohl der US-amerikanischen und der gesamten Weltbevölkerung und für einen wirklichen Weltfrieden einzuschränken. Und dass keinerlei Wille bestand, um auf unsere friedlichen Forderungen einzugehen, das ging klar und deutlich aus der US-amerikanischen Antwort auf unsere Anfrage hervor, die einerseits hinterhältig und im ganzen Umfang für uns mit unmöglich erfüllbaren Gegenforderungen versehen war.

Billy Eure Bemühung wäre die Chance für die gesamte Menschheit der Erde gewesen, endlich einen wirklichen und dauerhaften Weltfrieden gewinnen zu können. Das war aber nicht im Sinn der US-Mächtigen und ihrer Anhänger, so also auch nicht der Geheimdienste und der Militärs jeder Art. Hinterlist und Lüge sowie Intrigen und Verbrechen gehören aber auch zu deren Metier, wie das auch bei der NASA der Fall ist, die ja bis heute behauptet und daherlügt, dass der am 20. Juli 1969 fingierte Mondflug mit der Apollo 11 stattgefunden habe, folglich erst der reale Flug mit Apollo 12 stattfand, wonach eine nächste offizielle Landung auf dem Mond am 19. November 1969 stattgefunden hat. Die angebliche Apollo 11-Rakete, so habt ihr damals erklärt, wurde zwar hochgeschossen, doch ohne Mannschaft, wonach dann die Landekapsel wieder abgesprengt wurde und zur Erde zurückkam, während jedoch die «Astronauten» am Boden verblieben und unter Hypnose resp. posthypnotischer Einwirkung das angebliche Mondabenteuer erlebten. Mit einem späteren Mondflug – es war wohl mit der Apollo 13 am 11. April 1970 – erfolgte jedoch tatsächlich eine bemannte Mondlandung, bei der dann die Spuren gesetzt wurden, die angeblich von der Apollo 11-Mondlandung gemacht worden sein sollen. Damit entstand eine zweite Lüge, denn offiziell wurde und wird heute noch behauptet, dass auf dem Weg zum Mond wegen einer Explosion an Bord des Apollo-Raumschiffs die Landung hätte abgesagt werden müssen und deshalb nur eine halbe Mondumkreisung mit anschliessender Rückkehr zur Erde durchgeführt worden sei. Die Besatzung sei – so habt ihr mir gesagt – nach der Rückkehr zur Erde ebenfalls posthypnotisch mit einer falschen «Erinnerung behandelt» worden, folgedem ihnen etwas vorgegaukelt und eine falsche «Erinnerung» gesetzt wurde, dass sie eben nur eine Umrundung des Mondes vorgenommen hätten.

Ptaah Das ist richtig, doch diesbezüglich sollte es nicht notwendig sein, nochmals darüber zu reden.

Billy Ihr hattet ja auch im Sinn, dass das Ganze einmal offiziell werden sollte, wenn alles geklappt hätte, doch was von den USA vermurkst wurde, kann wahrscheinlich nicht wieder repariert und nicht wiederholt werden, oder irre ich mich?

Ptaah Auch das ist richtig, und du irrst dich nicht, denn durch das Ganze haben wir klar und deutlich erkannt, dass es für die Regierenden der Erde und auch für das Gros der Erdenmenschheit noch sehr lange un-

möglich sein wird, mit uns Plejaren Kontakte zu pflegen. Was allerdings dann sein, sich ergeben und ereignen wird, wenn die Erdfremden, die sich schon seit langem im irdischen Raum bewegen, oder andere, die früher oder später noch in Erscheinung treten werden – was ja auch nur eine Frage der Zeit sein wird –, das ist noch offen und wird ein Ereignis werden, das für die gesamte Erdenmenschheit mit Sicherheit viele Probleme mit sich bringen wird. Klar muss auch sein, dass Erdfremde oder Erdzukünftige nicht gleicherart wie wir Menschen sein müssen, denn diverse Erdfremde sind Wesen, die nicht menschlich und auch nicht friedlich sind.

Billy Das habt ihr mir schon verschiedentlich bei privaten Gesprächen gesagt, doch was du gesagt hast, dass es nicht notwendig sein sollte, über die getürkte Mondlandung und die angebliche Mondumrundung zu reden, das ist wohl richtig. Es kam mir eben nur wegen der Lügerei in den Sinn, die von den USA auch in politischen Dingen betrieben werden, und eben auch infolge der Machenschaften mit der Sache, als ihr versucht habt, über L.E. mit der US-Regierung in eine Verbindung zu treten.

...

Billy ... Dann dies: Immer wieder wird im Fernsehen davon gesprochen – eben gerade neulich wieder –, dass Immanuel alias Jesus beim sogenannten «Abendmahl» zusammen mit den Jüngern Wein aus einem Kelch getrunken habe, wobei dieser sehr wertvoll gewesen sein müsse. Dieser Kelch soll erhalten geblieben, jedoch bis heute verschollen sein, wobei er an verschiedenen Orten in Jerusalem, wie aber auch in Griechenland, Frankreich, Spanien und England vermutet wird, wo er eben hingebraucht worden sein soll. Das Haus, in dem das Abendmahl gehalten wurde, das ja nur aus Brot, Früchten und Wein bestanden hat, wie ich weiss, hat einem vermögenden Juden gehört, weshalb auch vermutet wird, dass der «Kelch» sehr wertvoll gewesen sei. Meinerseits weiss ich aber, dass Immanuel nichts von Prunk gehalten hat und deshalb auch prunkvolle Trinkgefässe, Geschmeide und alles Wertvolle gemieden hat, denn er war in jeder Beziehung sehr bescheiden. Auch weiss ich, dass er und seine Jünger immer eigene kleine aus Tierhäuten gefertigte Trinkbeutel bei sich hatten, um unterwegs den Durst zu stillen, während sie – wenn sie in einem Haus geladen waren – aus einfachen Trinkschalen die Tranksame zu sich nahmen. Wie mir dein Vater Sfath einmal erklärte, war es auch so beim Abendmahl, bei dem aus Alabaster gefertigte kleine Trinkschalen gebraucht wurden, die etwa 10–12 Zentimeter im Durchmesser hatten und etwa 4 Zentimeter tief waren. Sfath hat mir einmal eine solche Trinkschale gezeigt, die er von seinem Urgrossvater erhalten hat und in Ehren hielt, weil sie aus Immanuels Gruppe stammte, wie er mir versicherte.

Ptaah Diese kleine Schale ist jetzt in meinem Besitz, und tatsächlich wurden auch beim Abendmahl nur solche kleine aus Alabaster gefertigte Trinkschalen benutzt. Dass ein Kelch benutzt worden sei, entspricht nicht einmal einer Legende, sondern einer effektiven Lüge, die schon von frühen Christen erdacht und verbreitet wurde. Wahrheitlich handelte es sich bei den Trinkschalen um Alabasterschalen, die in Italien in «Volaterrae» gefertigt und durch die römischen Besatzer nach Jerusalem und gesamthaft auch in alle römisch besetzten Gebiete gebracht wurden. Dies geschah schon, als Jerusalem im Jahr 63 v. Immanuel/Chr. durch die Römer erobert wurde. Damals waren die Alabastertrinkschalen bei den Römern sehr beliebt – obwohl sie nicht von grossem Wert waren – und wurden auch in kleinen Gruppen und Kreisen der besetzten Regionen gern benutzt, so auch von Immanuel und seinen Jüngern.

Billy Und wie entstand denn die Lüge, dass beim Abendmahl ein Kelch benutzt worden sei?

Ptaah Über die Lüge, dass, als Immanuel am Kreuz gehangen habe, mit einem Kelch sein Blut aufgefangen worden sei, was sich jedoch wahrheitlich niemals zugetragen hat. Diese Lügengeschichte führte zur Gral-Legende, die bis heute in aller Welt kursiert, und zwar auch darum, weil im Lauf der Zeit betrügerisch diverse wertvolle Kelche hergestellt wurden, denen der Nimbus «Abendmal- und Blutkelch» angedichtet wurde, wobei zwei dieser Betrugskelche in Europa gefertigt wurden.

Billy Das erklärte mir schon Sfath, wie auch eine andere Gral-Geschichte, wobei der eigentliche Gral aber ein Ort mit einer Quelle ist. Dazu möchte ich zur Repetition in den Kontaktblocks eine Erklärung heraus-suchen und sie dann anstatt vieler Worte hier in unserem Gespräch einfügen.

Auszug aus dem 469. Kontaktbericht, «Plejadisch-plejarische Kontaktberichte», Block 11, Seiten 412–413:

Und also ist diese Wahrheit auch gegeben im Buch «Kelch der Wahrheit», wovon ein erster Teil, und zwar die Lehre Henochs, durch den Druidenfürsten Myrddin alias Merlin auch «Kessel des Lebens» genannt wurde und nichts zu tun hat mit dem angeblichen «Gral» des Christentums, der nur auf Lug und Betrug beruht, niemals existierte und in dem also auch nicht das Blut Immanuels (Jesus) durch Joseph von Arimathaia bei seiner Kreuzigung aufgefangen wurde. Der wirkliche Gral existierte nur als Heiliger Ort, und im «Kessel des Lebens» war das Schriftwerk eingeschlossen, ein Schriftstück der Lehre des wahren Propheten Henoah aus der Siebnerreihe des Nokodemion. Das Dokument wurde als Abschrift der Plejarin Kerikwena (Die dreifache Göttin) an den Druiden Myrddin (Der Lachende) übergeben, der später allgemein «Merlin» genannt wurde. Myrddin goss die Abschrift in den Kelch ein, der als «Kessel des Lebens» bekannt wurde, wobei durch christliche Verfälschungen daraus der «Gral» fabriziert wurde, der jedoch in keiner Weise damit in Verbindung gebracht werden kann, weil der «Gral» ein Ort mit einer Quelle, umgeben von Bäumen und Pflanzen war, wo die Druiden ihre Meditationen zu tun pflegten. Und diese christliche Gralverfälschung wurde seit ihrer Entstehung bis in die heutige Zeit überliefert, jedoch wiederum in einer weiteren ungeheuren Verfälschung, die behauptet, dass es sich dabei um den Kelch resp. «Gral» Immanuels (Jesus) handle, woraus von Immanuel und seinen Jüngern beim Heiligen Abendmahl getrunken worden und in dem dann bei der Kreuzigung durch Joseph von Arimathaia Immanuels Blut aufgefangen worden sei.

...



2.10.2017; Uli Gellermann

Schon im französischen Wahlkampf erweckten die deutschen Medien den Eindruck, als wäre Emanuel Macron vom Himmel auf die Erde herabgestiegen. Nur um uns alle zu erlösen.

Macron war jung, was man von vielen Eurokraten kaum sagen kann, er trug Anzüge von Jonas & Cie, «eine Adresse für Eingeweihte», wie die WELT zu schwärmen wusste, und die TAZ konnte ihn stilsicher in die «Slim Fit-Politiker-generation» einordnen, das sind die Jungs ohne Hüften.

Und alle Kommentatoren hoben lobend hervor, dass Macrons Frau fast 25 Jahre älter sei als er. Welch ein grossartiger Beleg für den Politikverstand des französischen Präsidenten. Doch erst mit Macrons jüngster Rede an der Sorbonne, der «Initiative für Europa» brachen alle Dämme: Wogen der Begeisterung überschwemmten die Gestade herkömmlicher Medienkunst: Die WELT schwang über von einer «Weltregierungserklärung des Emmanuel Macron», das HANDELSBLATT war sich sicher, dass Macron «Europa» neu erfinden wolle, die TAZ sah ein neues «Europa» beschworen und der SPIEGEL zitiert zustimmend die «Neugründung Europas». Ein Wundertäter schien geboren.

Und alle, alle übernehmen Macrons arrogante Diktion, nach der «Europa» nichts anderes sei als die Europäische Union, ein Gebilde, dessen Hauptstadt Brüssel heisst, dessen Flüsse aus Geld bestehen und dessen Gipfel sich im Aktien-Index abbilden. – Gut, man darf vielleicht die Schweiz kurz unerwähnt lassen, wenn man über Europa in Begeisterung ausbricht. Auch mögen Aserbeidschan, Norwegen oder Armenien, alles keine EU-Staaten, sich mit «Europa» angesprochen fühlen, wenn der modische Napoleon aus dem nordfranzösischen Amiens die ihm bekannte Welt neu ordnet.

Aber wenn in seiner Rede Russland (Russie) nur ein einziges Mal vorkommt, nämlich wenn er sich um die Aufnahme der Balkanländer in die EU sorgt, damit die nicht «nach Russland zurückkehren», dann platzt der üblich-

üble französische Imperialist vor lauter eingebildeter Kraft aus dem Pariser Massanzug. Seine Frau unterrichtete ihn einst in Französisch und Latein, in Geographie offenkundig nicht. Auch im Echo deutscher Medien fällt diese Leerstelle nicht auf. Denn deren Weltbild ist von ähnlicher Beschränktheit. Man bleibt in der Macron-Rede-Auswertung brav bei der EU-Innenpolitik stehen.

Aber wäre die Europäische Union nicht beinahe, im Schlepptau der USA, rund um den Kiewer Maidan, in einen Krieg mit Russland verwickelt worden? Pflügt die EU nicht bis heute brav eine Reihe von Sanktionen gegen Russland, die sie erst jüngst verschärft hat? Doch glaubt man der Macron-Rede, dann liegt Russland auf dem Mond, keinesfalls in Europa.

Es ist die sattsam als Regierungs-Erklärungs-Maschine bekannte TAGESSCHAU, der eine aussenpolitische Stelle in der Macron-Rede wohlwollend aufgefallen ist: «Eine gemeinsame Interventionstruppe und ein gemeinsamer Verteidigungshaushalt sollen die EU nach dem Willen Macrons auch militärisch zusammenführen. Der französische Präsident forderte eine gemeinsame Verteidigungsstrategie, die bis Anfang der 2020er-Jahre definiert wird.» Verteidigung gegen wen? Gegen Mali, wo französische und deutsche Truppen schon jetzt das Gold des Landes gegen seine wahren Besitzer verteidigen? Oder gegen Syrien, auf dessen Territorium sich französische Fallschirmjäger illegal aufhalten und den deutschen Fliegern am Himmel über Syrien zuwinken können? Es ist eine Mischung aus schlechter Angewohnheit und geringer Bildung, dass die Tagesschau-Redakteure nicht wissen wollen, dass «Intervention» nichts mit Verteidigung zu tun hat, sondern nur das Tarnwort für die militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ist.

Wenn man bei Macrons zu Hause und in den deutschen Redaktionen schon nicht weiss, dass Russland das flächenmässig grösste europäische Land ist, dann sollte sich doch jemand im Élysée-Palast finden lassen, der dem ach so frischen Macron mal folgendes erklärt: West-Europa und Russland sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Sieben Prozent aller Ausfuhren der EU sowie 12 Prozent aller Einfuhren entfallen auf Russland.

Nach den USA und China ist Russland der dritt wichtigste Handelspartner der Gemeinschaft. Und wer weiss, vielleicht gibt es auch einen Geschichtslehrer im Palast, der dem neuen Hausherrn erklärt, dass die Franzosen ihren Kampf gegen Hitlerdeutschland nicht ohne die ziemlich russische Sowjetunion überlebt haben. Auch dass es das Frankreich zur Zeit General de Gaulles war, das seine relative Unabhängigkeit von den USA primär den Widersprüchen zwischen den Grossmächten und einer zeitweiligen politischen Nähe zu Russland verdankte. Eine Lehre, die gerade jetzt, in der Phase der Trump-Wirren, schöne Ausblicke auf eine neue Eigenständigkeit der EU verschaffen könnte.

Zwar hat die deutsche Medienlandschaft keine Vorliebe für Donald Trump entwickelt, aber über das Verhältnis zu Russland nachzudenken, um Freiräume der deutschen Aussenpolitik zu finden, das verlangte ja eigenständiges Denken. Eine Übung, die in den deutschen Redaktionen einem Wunder gleichkäme. Mon Dieu!

Wundertäter, das weiss man aus der Legenden-Forschung, tun in Wahrheit keine Wunder. Sie tun nur so.

Quelle: <http://www.rationalgalerie.de/home/macron-der-wundertaeter.html>

Putin: «Rivalität darf nicht in Krieg ausarten, wir sollten kooperieren und gemeinsam Probleme lösen»

Sputnik; So, 15 Okt 2017 07:31 UTC

Staaten der Welt geben einen grossen Teil ihrer Ressourcen nach Einschätzung von Russlands Präsident Wladimir Putin für eine überflüssige Rivalität aus, die «keinem etwas nutzt».



«Wir behandeln uns gegenseitig wie Rivalen. Statt zu kooperieren und gemeinsam gemeinsamen Problemen zu begegnen, wenden wir einen bedeutenden Teil der Ressourcen für offensichtlich zweitrangige Dinge auf», sagte der russische Staatschef am Sonntag bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Sotschi. Das gereiche niemandem zum Nutzen: Weder den Siegern noch den Verlierern.

«Wir müssen jedenfalls danach streben, dass diese Rivalität nicht in Verfeindung, geschweige denn in einen Krieg ausartet», betonte Putin. Stattdessen sollte man enger kooperieren und nach Lösungen für gemeinsame Probleme suchen. «Wenn wir unsere Beziehungen so gestalten werden, dann wird das zweifelsohne allen zum Nutzen gereichen.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/31326-Putin-Rivalitat-darf-nicht-in-Krieg-ausarten-wir-sollten-kooperieren-und-gemeinsam-Probleme-losen>



18:39 15.10.2017; Willy Wimmer

Das Wahlergebnis in Österreich ist nicht mehr und nicht weniger als eine Zeitenwende. Man kann das wenden, wie man will. Aber hier hat sich jemand durchgesetzt, der in jungen Jahren ein herausragendes politisches Gespür, ein klares Bewusstsein für anstehende nationale und internationale Probleme und Führungswillen gezeigt hat.

Die Wahl fand in Österreich statt und dort steht jetzt die Regierungsbildung an. Österreich ist eines der leistungsstärksten Länder in Europa, und der Wahlkampf hat gezeigt, dass man an die Spitze zurück will. Die Übertragung der letzten Debatte der Spitzenkandidaten bei ORE, die im Deutschen Fernsehen übertragen worden ist, hat deutlich gemacht, dass in unserem Nachbarland Argumente gezählt haben. Anders als in Deutschland hat man in Österreich die Wähler ernstgenommen und ist mit Argumenten angetreten.

Wien wird mit diesem Ergebnis der deutsche Rivale für das abgehobene und menschenferne Berlin. In Deutschland werden sich die Gewichte verschieben, denn die politische Signalwirkung aus Österreich wird weit nach Deutschland abstrahlen und hineinwirken. Die Themen, die in Österreich offen und freimütig diskutiert worden sind, treiben auch Deutschland um. Der neue österreichische Bundeskanzler hat in der Vergangenheit deutlich gemacht, den Herausforderungen der Welt mit rechtstaatlichen Instrumenten begegnen zu können. In Österreich wäre ein Satz wie der vom «Unrechtsstaat» in der Migrationsfrage unvorstellbar.

Wien wird auf die europäischen Staaten zugehen, die bei allem europäischen Gestaltungswillen an der Nation und dem Bürger als Souverän, statt fremdgesteuerter Nicht-Regierungsorganisationen, festhalten. Das Ergebnis in Wien drängt in ganz EU-Europa alle diejenigen zurück, die sich EU-Europa nur als Konzern-Gebilde im amerikanischen Kampfauftrag vorstellen können.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20171015317874593-wien-geht-in-fuehrung/>

Die Dame weiss von nichts...

Gewalttäter «unbekannter Herkunft»

16.10.2017, 10:38 von szadmin; Freitags-Kommentar vom 13. Oktober 2017, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit» Bundesrat, Polizei, Grenzwachtkorps, Sozialämter beklagen massive Zunahme von Gewalt – häuslicher Gewalt, Angriffe auf Grenzwächter, Attacken auf Frauen. Bundesrätin Sommaruga behauptet – wohl wider besseres Wissen –, Gründe und Urheber der Gewaltexzesse seien «unbekannt». Ausweisungen gewalttätiger Ausländer sind nicht vorgesehen. Stattdessen sollen mehr Funktionäre, mehr «Lernprogramme» angeboten werden. Bundesbern begegnet der von Einwanderern ausgehenden Gewalttätigkeit weiterhin mit der Taktik «Augen zu und Ohren zu».

Medienkonferenz zu Bern: Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements, ist sichtlich bewegt aufgrund besorgniserregender Zunahme von häuslicher Gewalt in der Schweiz. Über die Gründe dieser Zunahme gibt sie sich indessen unwissend.

Fast gleichzeitig wird die Öffentlichkeit via Tagesschau auf bedrohlich zunehmende Gewaltattacken auf Grenzwächter aufmerksam gemacht. Weiter registriert derzeit jede Kantonspolizei, dass sexuell motivierte Gewaltangriffe auf (junge) Frauen laufend zunehmen.

Sprunghafte Zunahme

Auf die Frage nach den Gründen für die Zunahme häuslicher Gewalt kann Frau Sommaruga lediglich Zahlen liefern: 2011 seien in der Schweiz noch 11 000 Fälle häuslicher Gewalt von der Polizei registriert worden. Bis 2016 habe die Zahl dieser Gewaltausbrüche in Familien um über fünfzig Prozent, auf rund 18 000 gemeldete Fälle zugenommen.

Die Zeitspanne von 2011 bis 2016: Was ist während dieser fünf Jahre in der Schweiz geschehen bzw. über die Schweiz hereingebrochen? Da sprengte die Masseneinwanderung doch alle Grenzen. Überdies hat die von Frau Angela Merkel ausgerufene «Willkommenskultur» mehrere Millionen sogenannter Flüchtlinge nach Europa geschwemmt. Auch die Schweiz ist davon betroffen. Die Invasion fand, solange in Osteuropa nicht schwer überwindbare Zäune errichtet worden sind, weitgehend ohne Kontrolle statt.

Gründe «unbekannt»

Über Gründe der zunehmenden Gewalt mag die Bundesrätin, die ja auch die Verantwortung trägt für das Anhalten dieser Masseneinwanderung, nicht diskutieren. Sie könne dazu nichts sagen. Sie kenne die Gründe nicht. Dafür kann sie energisches Handeln fordern: Die Täter müssten mit Fussfesseln versehen werden. Woraus die Öffentlichkeit entnehmen kann, dass jeder ausländische Gewalttäter, der hier identifiziert wird, hierbleiben darf. Sonst wäre die Fussfessel ja sinnlos. Er bleibe aber, beteuert Frau Sommaruga, nicht unbegleitet.

Ja, man treffe auch präventive Massnahmen: Aufklärungskurse! In welcher Sprache diese gegeben werden sollen, darüber schwieg sich Frau Sommaruga aus.

Obwohl sie die Gründe für die zunehmende Gewaltanwendung gegen Frauen und Kinder nicht kennt, weiss Frau Sommaruga, dass dagegen die Kesb ausgebaut werden müsse. Diese, eine typische Bürokratie, ist zwar gewiss nicht zur Stelle, wenn es zu Gewaltausbrüchen kommt. Aber sie dürfte in der Lage sein, nachträglich akribisch zu registrieren, wo und wie es zur Gewaltanwendung gekommen ist.

Während die Statistik offenbar nicht zu verraten weiss, aus welchen Herkunftsländern die Gewalttäter stammen, so können uns die Administrierer der Gewaltausbrüche um so zuverlässiger mitteilen, dass sich sowohl Arme als auch Reiche als Schläger in ihren Familien entpuppt hätten. Das Phänomen betreffe sämtliche Gesellschaftsschichten.

Lernprogramme

Man wolle, meint Frau Sommaruga, eruierte Täter fortan in «Lernprogramme» schicken. Wo man ihnen – sofern man sich mit den Tätern überhaupt verständigen kann – offenbar gut zureden will, fortan auf Gewalt gegen das andere Geschlecht doch lieber zu verzichten.

Wir sind überzeugt: Diesen Lernprogrammen wird – zumal weiterhin nichts gegen die anhaltende Masseneinwanderung getan wird – schliesslich «durchschlagender Erfolg» beschieden sein.

Attacken auf Grenzwächter

Auch die Schweizer Grenzwächter seien immer öfter Opfer von Gewaltattacken. Will Bundesbern behaupten, auch zu dieser Gewalt kenne man die Gründe nicht? Will man uns vielleicht weismachen, dass Schweizer oder Nordeuropäer, die ihre Oster-, Pfingst- oder Sommerferien in Italien verbringen wollen, auf dem Vorbeiweg gelegentlich auch gerne einmal auf einen Grenzwächter losgehen?

Es ist doch sonnenklar, wer die Urheber zunehmender Gewalt gegen Grenzwächter sind. Es sind illegale Einwanderer, die sich gegebenenfalls mittels Gewaltanwendung den Zutritt in unser Land zu erkämpfen suchen. Die Täterschaft ist nicht nur klar identifizierbar. Viele der Täter dürften auch fassbar sein. Man müsste an ihnen endlich ein Exempel statuieren – sofortige, bedingungslose Ausweisung und Rückschiebung. Wenn mangels angeblich verlorener Papiere die Überstellung ins Herkunftsland nicht möglich ist, soll sie eben in ein Auffanglager in Nordafrika erfolgen.

Nachhilfe durch die Antirassismus-Kommission

Übrigens: Wenn Frau Sommaruga die Gründe der zunehmenden Gewalttätigkeit nicht zu kennen glaubt, dann sei sie daran erinnert, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus schon vor bald zwanzig Jahren die Zunahme der häuslichen Gewalt – Gewalt gegen Kinder und Frauen – mit der Einwanderung, vor allem mit muslimischer Einwanderung in Verbindung gebracht hat.

Damals war noch der freisinnige Basler Historiker Georg Kreis Präsident dieser für die Unfehlbarkeit ihrer Urteile und Stellungnahmen berühmten Kommission. Und diese Kommission gab Asylantenbetreuerinnen und -betreuern in den Gemeinden Informationen und Empfehlungen ab, was bei festgestellter häuslicher Gewalt vorzukehren sei. Wir zitieren diese Ratschläge der Antirassismus-Kommission wortwörtlich. Uns würde man wohl böswillige Unterschiebung vorwerfen, wenn wir sie mit eigenen Worten bloss zusammenfassen würden.

Gewalt gegen Kinder

Zur «Gewalt in der Familie» schrieb die Antirassismus-Kommission zur Präsidentschaftszeit von Georg Kreis:

«Manche Betreuer und Betreuerinnen von Migranten/-innen haben Mühe damit, dass Kinder häufig geschlagen werden. Schläge sind in muslimischen Familien (nicht nur in muslimischen) ein anerkanntes Erziehungsmittel. Erwachsene Männer erzählen bisweilen mit liebevollem Stolz, wie oft sie von ihrem Vater verprügelt wurden und wie gut er es mit ihnen gemeint habe.

Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, wie sich das Kind den Eltern gegenüber verhält. Ist es fröhlich, gerne mit den Eltern zusammen? Wird es auch liebevoll umarmt? Interventionen sind in solchen Fällen nicht nötig.»

Gewalt gegen Frauen

Und zur «Gewalt gegen Frauen» schrieb die Antirassismus-Kommission:

«Eine Realität, die uns hie und da zu schaffen macht, ist das Schlagen von Frauen durch ihre Männer. ...

Den geschlagenen Frauen ist das, was ihnen widerfährt, oft schon von der Mutter, der Schwester, der Nachbarin her bekannt. Das Geschlagenwerden wird hingenommen, Strategien der Auflehnung (Trennung, Frauenhäuser ...) sind höchstens punktuell vorhanden. Das Schlagen ist Privatsache, man mischt sich nicht ein. Geholfen wird den geschlagenen Frauen nachher: Sie werden von den anderen Frauen getröstet, man beklagt sich gemeinsam über die Männer, die «nun einmal so sind». ...

Den Frauen wird am ehesten geholfen, wenn sie ihre Strategien, mit dem Geschlagenwerden umzugehen, anwenden können, z.B. Frauen ähnlicher Herkunft um sich haben, die ihre Erfahrungen teilen (in den isolationsfördernden Asylstrukturen leider oft ein Wunschtraum).»

Georg Kreis, obwohl heute nicht mehr Präsident der Antirassismus-Kommission, wäre gegenüber Frau Sommaruga gewiss gerne zu ergänzenden Ratschlägen bereit.

Quelle: «Tangram» (offizielles Organ der Anti-Rassismus-Kommission) Nr. 7, Okt. 1999, Seiten 46 bis 50. Herausgeberin dieses Organs ist das Eidgenössische Departement des Innern. Verantwortlich für die Redaktion war damals Georg Kreis.

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/die_dame_weiss_von_nichts-3196

Hamburg weitet Zwangsenteignungen aus

16. Oktober 2017



SPD-Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte, Falko Droschmann (SPD) enteignet nach Herzenslust
(Bild: Tobias Lippert; CC-BY-SA 4.0)

Das Recht an privatem Eigentum und der Schutz dieses Rechts war bislang ein wesentliches Grundrecht des deutschen Bürgers und daher im Grundgesetz verbrieft. Der Hamburger Senat hat dieses elementare Recht in unglaublicher Weise ausgehöhlt und Anfang Mai damit begonnen, Eigentümern deren Privateigentum zu entziehen. Nun geht die Enteignungsorgie in die nächste Runde.

Ganz dem sozialistischen Gedanken verhaftet, ging Hamburgs Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte, Falko Droßmann (SPD), gegen den Eigentümer eines Mehrfamilienhauses im Stadtteil Hamm vor (JouWatch berichtete).

Wohnhaus zwangsrenoviert- und vermietet – Rechnung geht an Eigentümer

Diesen enteignete der Sozialdemokrat mit der Begründung, dass er sein Eigentum seit 2012 leerstehen gelassen habe. Ein Zustand, den man nicht hinnehmen könne, so Droßmann, der nun per Staatsgewalt die insgesamt sechs Wohnungen zwangsvermietet und vorher – auf Kosten des Eigentümers – sanieren lässt. Die Rechnung gehe an den Eigentümer, der seine Immobilie erst dann zurückbekommen soll, wenn die Wohnungen vermietet sind und die Mieter durch entsprechende Mietverträge auch eine Bleibeperspektive haben.

Beklatscht wurde die unglaubliche Aushöhlung des Grundrechts auf Eigentum vom Mieterverein von Hamburg. Der SPD-Mann hatte es laut WeltOnline «satt», dass in Hamburg Immobilien «verrotten», während gleichzeitig Menschen auf der Suche nach Wohnungen verzweifeln würden.

Beschlagnahme, um Wohnraum für die hereinströmenden Migrantenmassen zu schaffen

Die Grundlage für diese Enteignungsaktion des Staates hatte der Hamburger Senat bereits Ende 2015 in ein Gesetz gegossen, um den ungebremsst hereinströmenden Migrantenmassen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

Nach dem Willen von SPD, Grünen und Linken können damit entsprechende Gebäude auch gegen den Willen der Eigentümer als Unterkünfte für Immigranten genutzt werden. CDU, AfD und FDP stimmten damals gegen das umstrittene Gesetz. Vorbild für die Enteignungsmassnahme war Bremen, das kurze Zeit vorher das Grundrecht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums einschränkte, um leerstehende Immobilien gegen den Willen der Eigentümer für Immigranten nutzen zu können.

Enteignungsorgie wird ausgeweitet

Für den bekennenden Schwulen Droßmann – er feierte Ende August seine Traumhochzeit auf der Rickmer Rickmers – scheint indes die Enteignungsorgie gerade erst am Anfang. Wie WO weiter berichtete, wolle der SPD-Funktionär nun auch gegen den Gewerbeleerstand vorgehen und angeblichen Spekulanten ihre Objekte «entziehen».

Rechtlich sei das Vorhaben kompliziert. Das wisse Falko Droßmann, so WO. Denn: während Wohnungsleerstand in Hamburg unter gewissen Voraussetzungen per Gesetz verboten sei, gebe es für Gewerbeflächen keine derart klare Regelung.

«Man werde sehen, was rechtlich möglich ist und den Handlungsrahmen ausschöpfen», so die Ankündigung des Bezirksamtsleiters, der sich, ganz in sozialistischer Manier, ohne jegliche Bedenken am Eigentum anderer Leute vergreift und dies mit der dreisten Ansage, er sei ein «Freund der Signalwirkung» garniert. (SB)

Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/10/16/hamburg-weitet-zwangsent eignungen-aus/>

Wahl in Österreich: Vom Globalen zum Nationalen – Kurz wird zum Merkel-Antipoden

16.10.2017 • 10:53 Uhr

Österreich rückt nach rechts, auch weil die dortigen Bürgerlichen dies taten. Was verhalf der ÖVP von Sebastian Kurz zum Sieg? Laut Experten perfekter Wahlkampf und politisches Gespür gleichermaßen. Das Wahlergebnis wird auch für Berlin folgenschwer sein.

Der Sieg des 31-jährigen Sebastian Kurz bei der vorgezogenen Nationalratswahl in Österreich wird nach Ansicht eines Experten die Debatte über die künftige Aufstellung der bürgerlich-konservativen Parteien in Europa befeuern.



Quelle: Reuters

Der Kandidat der Österreichischen Volkspartei, Sebastian Kurz, am Wahlabend des 15. Oktober 2017

Kurz: Perfekter Wahlkampfauftritt

«Da gibt es jetzt einen interessanten Gegenentwurf zu Merkel und der CDU», sagte der Salzburger Politikwissenschaftler Reinhard Heinisch der dpa.

Kurz habe in grosser strategischer Perfektion das Zuwanderungsthema aufgegriffen, indem er die bürgerlich-konservative ÖVP weiter rechts positioniert habe. «Ausserdem hat er die Wendestimmung im Land am besten eingefangen.»

Die Übertragbarkeit des Vorgehens sei allerdings schwierig. In für Konservative bisher ungewohnter Weise habe Kurz auch unter jungen Wählern viel Zustimmung erfahren. «Die Person Kurz war das perfekte Paket», sagte Heinisch.

AfD als künftige FPÖ?

Wenn es eine Partei in Europa gibt, die auch für die deutsche AfD als Vorbild dienen kann, ist es die Freiheitliche Partei Österreichs mit Heinz-Christian Strache (48) an der Spitze. Die FPÖ habe «eine gewisse Verbindung zur AfD», so Alexander Gauland zur dpa nach der Wahl. Im Vergleich zur AfD sei die FPÖ aber zumindest im Ton viel moderater, meint der Politikwissenschaftler Heinisch. «Beide Parteien sind in ganz anderen Lebenszyklen», sagte er.

Die FPÖ ist eine der ersten nationalkonservativen Parteien, die es nach 1945 in einem nicht autoritär regierten Staat Europas in eine Regierung geschafft haben. Sie prägt seit Jahrzehnten die Politik in Österreich mit und hat sich bereits seit ihrer Gründung im Jahr 1956 als dritte Kraft etabliert. In den Jahren 1983 bis 1986 – damals als eher liberale Partei – sowie 2000 bis 2005 war sie Teil einer Regierungskoalition. Nach einer langen Phase in der Opposition kann sie nun wieder zum Koalitionspartner der ÖVP auf Bundesebene werden.

Die Schnittmengen zwischen den beiden Parteien sind mehr als deutlich. Die Reaktion der AfD auf das Wahlergebnis in Österreich ist hier beispielhaft: Auch Kurz habe als Aussenminister durch Entscheidungen in der Migrationsfrage deutlich gemacht, dass Österreich «ein Bollwerk gegen eine Masseninvasion fremder Menschen ist», sagte Alexander Gauland.

Mit seiner eigenen betont migrations- und islamkritischen Agenda hat Sebastian Kurz möglicherweise sogar einen noch grösseren Erfolg der FPÖ verhindert. So forderte er nicht nur einen kompletten Stopp der illegalen Migration, sondern auch die Schliessung aller muslimischen Kindergärten in Österreich. In den Grossstädten hat der FPÖ zudem der Antritt der linkspopulistischen Grünen-Abspaltung des langjährigen Abgeordneten Peter Pilz geschadet, der – ähnlich wie Jean-Luc Mélenchon in Frankreich – progressive Gesellschaftspolitik mit scharfen Anti-Islam-Tönen verband.

Auch als Vize-Partner kann die Koalition mit der ÖVP für die FPÖ komfortabel sein. Dennoch wollen sich die Rechtsnationalen noch nicht festlegen. Generalsekretär Herbert Kickl sagte am Wahlabend, es sei für die FPÖ weniger interessant, ob sie an der Regierung oder in der Opposition sei, entscheidend wäre vielmehr, wo sie den stärkeren Druck ausüben könne.

SPÖ: Respektables Ergebnis trotz widriger Umstände

Angesichts des dominierenden Themas Zuwanderung und zur Unzeit aufgedeckter Skandale, wie jener um den Ex-Berater Tal Silberstein, haben die Sozialdemokraten unter Kanzler Christian Kern nach Ansicht von Heinisch noch ein einigermaßen «respektables Ergebnis» eingefahren. Kern treffe aber eine erhebliche Verantwortung, dass die in den 1970er Jahren in Österreich sogar noch mit absoluter Mehrheit regierende SPÖ nun auch Platz eins in der Wählergunst verloren hat.

«Er hat den Kanzlerbonus durch misslungene Auftritte und widersprüchliche Aussagen verspielt», meinte Heinisch.

Die SPÖ hätte viel früher konsequent sozialdemokratische Themen wie soziale Gerechtigkeit bespielen müssen

Die Grünen wiederum, die sogar um den Einzug ins Parlament bangen müssen, haben nach den Worten von Heinisch fast alles falsch gemacht. Die Warnung der Grünen-Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek vor einer ÖVP-FPÖ-Regierung habe die Klientel der Grünen in hohem Mass veranlasst, genau deshalb die SPÖ zu wählen. Zudem hat die Partei in den Grosstädten an die Liste Pilz verloren und auf dem Land gingen einige grüne Stimmen zurück an die ÖVP. Auch bürgerlich-liberale Kreise innerhalb der ländlichen Bevölkerung scheinen die Positionen der Grünen unter Lunacek als zu extrem wahrgenommen zu haben.

Willi Wimmer zur Wahl: Zeitenwende

Der ehemalige Sicherheitspolitiker der CDU und Merkel-Kritiker Willi Wimmer sieht in dem Wahlergebnis in Österreich «nicht mehr und nicht weniger als eine Zeitenwende».

«Wien wird mit diesem Ergebnis der deutsche Rivale für das abgehobene und menschenferne Berlin. In Deutschland werden sich die Gewichte verschieben, denn die politische Signalwirkung aus Österreich wird weit nach Deutschland abstrahlen und hineinwirken. Die Themen, die in Österreich offen und freimütig diskutiert worden sind, treiben auch Deutschland um», sagte er gegenüber Sputnik.

Künftige Russlandpolitik: Skepsis gegenüber Sanktionen

Niemals seien die ÖVP und die FPÖ so gleich stark aufgetreten, schreibt RIA-Nowosti, früher habe das starke Ergebnis der einen Partei immer den Stimmenverlust der anderen bedeutet – sogar 1999, als der damalige VP-Spitzenkandidat Wolfgang Schüssel als Dritter in der Wählergunst mithilfe der FPÖ Kanzler wurde. Das habe nicht nur allein mit Migrationsfrage zu tun. Das zeige den gesamteuropäischen Trend weg vom Globalen zum Nationalen, so die Analyse von radiovesti.ru.

Was das Verhältnis der neuen Koalition zu Russland betrifft, so ist weiterhin ein behutsamer Umgang mit der Sanktionsfrage zu erwarten. Österreich hatte bereits zu Sowjetzeiten vor allem auf dem Wege der verstaatlichten Industrie bedeutende Wirtschaftsbeziehungen mit Russland unterhalten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gehörte auch der österreichische Mittelstand zu den ersten ausländischen Investoren, die ihre Geschäftschance in Russland sahen. Eines sei jedenfalls sicher: Eine Unterstützung der neuen US-Sanktionen gegen Russland wird es in Österreich nicht geben. (rt deutsch/dpa)

Quelle: <https://deutsch.rt.com/europa/59081-vom-globalen-zum-nationalen-kurz-wird-anti-merkel/>

Wie die Willkommenskultur den Rechtsstaat zersetzt

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 16. Oktober 2017

Deutschland wird zur Zeit noch weltweit bewundert und beneidet wegen seines funktionierenden Rechtsstaates, der Gesetzestreue und Gleichheit vor dem Gesetz, die die daraus resultierende Rechtssicherheit bieten. Allerdings wird der Rechtsstaat täglich zersetzt unter dem moralisierenden Druck der Willkommenskultur, verstärkt seit der von unserer Kanzlerin ausgelösten Masseneinwanderung von 2015/2016, die noch längst nicht bewältigt und sicher noch lange nicht beendet ist.

Wie diese stille Zersetzung des Rechtsstaats aussieht, kann man beispielhaft an einer Einladung zu einer Veranstaltung ›Integration im Dialog‹ mit dem Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration studieren, die am 18. Oktober im Rathaus Köpenick stattfinden soll.

Hier der Text der Einladung:

«Sie kommen aus dem Bürgerkrieg in Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan, aus Krisen- und Armutsregionen der ganzen Welt. Seit Jahrzehnten kommen Geflüchtete nach Berlin. Ihnen Schutz zu bieten, gehört zu unseren demokratischen Grundwerten. Für die Geflüchteten geht es nun auch darum, die Sprache zu lernen, eine Wohnung, einen Ausbildungsplatz oder Arbeit zu finden. Der Senat bereitet in diesem Jahr ein Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter vor.

WIE IST DIE SITUATION HEUTE?

WIE GEHT ES WEITER IN DEN BEZIRKEN?

WIE GESTALTET DER SENAT SEINE FLÜCHTLINGSPOLITIK?

Diese und andere Fragen diskutiert der Integrationsbeauftragte von Berlin, Andreas Germershausen, zusammen mit Bezirksbürgermeister/innen, Vertreter/innen der Bezirksämter, Vereinen, Initiativen, Geflüchteten und den Bürgerinnen und Bürgern der Berliner Bezirke.

WIR LADEN SIE HERZLICH EIN, IN TREPTOW-KÖPENICK DABEI ZU SEIN.»

Was so gutmenschlich klingt, hat es in sich.

Dieser Senatstext geht gleich in der Einleitung von völlig falschen Prämissen aus. Er behauptet «Geflüchtete» seien auch Leute aus «Armutregionen der ganzen Welt». Das widerspricht der Verfassungs- und Gesetzeslage: Leute, die nach Deutschland kommen, weil sie hier wirtschaftlich besser gestellt sein werden, als in ihrer Heimat, sind begrifflich weder «Flüchtlinge», noch «Geflüchtete» (was immer Letzteres sein soll) – dieser Terminus soll offenbar die notwendigen Unterscheidungen verwischen –, zumal die aus wirtschaftlichen Gründen Geflüchteten in ihren Herkunftsländern gerade nicht zu den Ärmsten gehören, sondern zu denen, die sich das Schlepper-«Honorar» leisten können.

Ein weiteres fehlgeleitetes Apriori ist, dass alle, die irgendwie (meist illegal) über die deutschen Grenzen kommen, einen Anspruch darauf hätten, hier zu bleiben und «integriert» zu werden.

Nach geltendem Recht haben einen solchen Anspruch nur diejenigen, die wirklich verfolgt werden (das ist eine Minderheit unter denen, die da kommen) und die nicht vorher schon ein sicheres Drittland erreicht haben – da bleibt praktisch niemand mehr übrig; nach Recht und Gesetz wären also ausschliesslich Kontingente anerkannter Asylberechtigter aus sicheren Drittländern in der EU aufzunehmen.

Das hat auch seinen guten Grund: Abgesehen davon, dass wir im Ausland dafür werben, sich in den internationalen Beziehungen an Regeln zu halten (und es selbst nicht tun, indem wir u.a. die Regelungen der Dublin-Verabreden brechen), spricht auch alles andere dagegen, unterschiedslos jeden hier aufzunehmen. Es verstösst gegen den Gleichheitsgrundsatz, Ungleiches gleich zu behandeln; Wohlstandsmigranten zu behandeln, als wären sie Asyl- oder Flüchtlingsstatusberechtigte, verstösst gegen geltende Gesetze, u.a. das Aufenthaltsgesetz. Vor allem tut die Gleichsetzung mit Wohlstandsmigranten denen Unrecht, die wirklich Bedarf für und Anspruch auf Hilfe und Unterstützung haben.

Auch wenn man nach dem Willen der Kanzlerin und ihrer Willkommens-Jünger nicht von Obergrenzen sprechen darf: Es gibt Kapazitätsgrenzen sowohl finanzieller als auch psychologischer und vor allem auch demographischer Art.

Die «Integration» klappt weit überwiegend eben nicht, wie immer häufiger festgestellt werden muss. Das liegt nicht an fehlenden Integrationsangeboten, sondern am mangelnden Willen der Einwanderer, solche Angebote zu nutzen. In der Öffentlichkeit wird die fehlende Integrationswilligkeit der «Geflüchteten» mit einem Tabu belegt.

Weiter werden mit der unterschiedslosen Alimentierung aller die Berechtigten und die Unberechtigten in einen Topf geworfen. Damit wird nicht nur für eine sinkende Akzeptanz für die Aufnahme von «Geflüchteten» gesorgt, man schädigt auch die wirklich Schutzbedürftigen, die unter den zunehmenden Ressentiments gegen «Geflüchtete» ebenfalls leiden müssen.

Vor allem aber ist diese Aufnahme aller aus moralischen oder humanitären Gründen eine Heuchelei ersten Ranges: Wir geben für jeden «Geflüchteten», der nach Deutschland kommt, mindestens hundertmal soviel aus, wie der UNHCR für Flüchtlinge (pro Kopf) zur Verfügung hat. Würden wir dieses Geld dem UNHCR zur Verfügung stellen, könnten damit über 100 Millionen Flüchtlinge weltweit um so besser versorgt werden, also alle gegenwärtigen 60 Millionen Flüchtlinge). Eine moralische Verpflichtung (oder auch nur Rechtfertigung), den Wenigen auf Kosten der Vielen zu helfen, kann es nicht geben.

Also: Rechtlich und moralisch vertretbar ist nur die Unterstützung jener Einreisenden, die tatsächlich Asyl oder zumindest sekundären Schutz verdienen und erhalten (und auch nur so lange, wie sie das benötigen). Alles, was darüber hinausgeht, geht zu Lasten der Bedürftigen zugunsten derer, die nicht bedürftig sind – verbunden mit der Gefahr, dass der «Refugees-welcome»-Extremismus in sein Gegenteil umschlägt.

Der Senat von Berlin ist gewählt worden, um Recht und Gesetz zu schützen. Mit dem absichtlichen Aufweichen rechtlicher Kriterien zugunsten moralisch zweifelhafter Prinzipien trägt er zur Erosion von Recht und Gesetz bei. Wenn das nicht gestoppt wird, werden wir eines Tages feststellen, dass eine hypermoralisierende Gesellschaft keinen Schutz vor Willkür bietet.

Dank an meinen Leser A.N. für den Hinweis und die grosszügige Unterstützung.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/10/16/wie-die-willkommenskultur-den-rechtsstaat-zersetzt/>

USA Freedom Act: Ausweitung der Überwachung durch die Hintertür – Las Vegas sei Dank?

17. Oktober 2017

In unregelmässigen Abständen werde ich auch frei zugängliche Artikel verfassen, da deren Inhalte einem grösseren Adressatenkreis zugänglich gemacht werden müssen, als nur dem des geschlossenen Mitgliederbereichs von *www.konjunktion.info*. Jedoch gilt bezüglich der Kommentierung, dass diese nur nach Anmeldung möglich ist.

Bereits nach 9/11 wurde mit dem US Patriot Act ein Gesetz in den USA verabschiedet, das die Bürgerrechte massivst beeinträchtigte und weltweit Folgen hatte, weil sowohl andere westliche Regierungen sich mit eigenen Gesetzen an diesem Patriot Act anlehnten als auch aufgrund einschneidender Massnahmen, die die USA dem Rest der Welt oktroyierten. Dabei ist den Wenigsten bewusst, dass dieses Monstrum eines Gesetzes mit mehr als 1200 Seiten bereits in den Schubladen eines gewissen John Kerry lag, bevor der 11. September 2001 als Begründung für alles Mögliche herhalten musste.

In wie weit es ähnlich gelagert ist, was das Las Vegas Attentat und die Ausweitung des sogenannten *USA Liberty Acts* (auch wenn dieser in seiner Urform bereits 2015 verabschiedet wurde) anbelangt, wird wohl – analog zum *Patriot Act* – erst die Zukunft zeigen. Nichtsdestotrotz – oder vielleicht gerade deswegen – hat sich bereits eine Allianz von 40 Organisationen (z.B. mit *American Civil Liberties Union* oder *Freedom of the Press Foundation*) gebildet, die gegen dieses Gesetz Sturm laufen, weil es der US-Regierung ermöglicht, Abschnitt 702 des *Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA)* zu reautorisieren sowie es weitere Schlupflöcher für die weltweite Überwachung schafft.



Überwachungskameras

Bildquelle: Wikipedia / Dirk Ingo Franke, Creative-Commons-Lizenz «Namensnennung 3.0 nicht portiert»

In einem Brief an das *House Judiciary Committee* geht die Allianz insbesondere auf diese «Durchsuchungslücken durch die Hintertür (*backdoor search loophole*)» ein, die es der US-Regierung ermöglicht, «Durchsuchungen ohne legalen Rechtsgrund nach Information von Personen durchzuführen, die keine Ziele von Abschnitt 702 sind, einschliesslich US-Bürger und Einwohner (*conduct warrantless searches for the information of individuals who are not targets of Section 702, including U.S. citizens and residents*).» Sollte sich bislang jemand gefragt haben, was ihn hier in Deutschland dieses Gesetz FISA angeht, findet er die indirekte Antwort im Passus «einschliesslich US-Bürger und Einwohner», denn das Abschnorcheln persönlicher Informationen ohne richterlichen Beschluss betrifft insbesondere Nicht-US-Amerikaner.

Der *USA Liberty Act* weicht von der Empfehlung der Überprüfungsgruppe des Präsidenten für die Überwachung, von Änderungsanträgen, die das Haus bereits verabschiedet hat, und von Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor der Durchsuchung der Datenbank nach *Section 702* einen Haftbefehl für einen US-Staatsbürger oder einen Einwohner ohne eng definierte Ausnahmen erforderlich gemacht hätten, ab. Wie geschrieben, wirft es einige Bedenken auf. Erstens ist der gravierendste Mangel des Gesetzes, dass es keinen richterlichen Beschluss für den Zugriff auf Inhalte in Fällen benötigt, in denen der primäre Zweck darin besteht, ausländische Geheimdienstinformationen zurückzugeben. Dies ist eine Ausnahme, die die Regel zu verschlucken droht.

(The USA Liberty Act departs from the recommendation made by the President's Review Group on Surveillance, appropriations amendments that have previously passed the House, and urgings of civil society organizations, which would have required a probable cause warrant prior to searching the Section 702 database for information about a U.S. citizen or resident absent narrow exceptions. As written, it raises several concerns. First, the bill's most glaring deficiency is that it does not require a warrant to access content in cases where the primary purpose is to return foreign intelligence. This is an exception that threatens to swallow the rule.)

Wenig überraschend wird seitens Washingtons verargumentiert, dass das Gesetz die *Privatsphäre der Amerikaner besser schützt*, in dem es erforderlich macht, dass die Regierung *«einen Zweck der nationalen Sicherheit (a legitimate national security purpose)»* nachweist, bevor sie die Informationen einer Einzelperson durchsuchen kann. Zudem müsse man, nachdem man diesen *«Zweck»* nachgewiesen habe, *«eine gerichtliche Anordnung erhalten, die auf der wahrscheinlichen Ursache beruht, um den Inhalt der Kommunikation zu durchsuchen, ausser wenn Leben oder Sicherheit bedroht sind oder eine frühere wahrscheinliche ursachenbezogene gerichtliche Verfügung oder ein Haftbefehl gewährt wurde (obtain a court order based on probable cause to look at the content of communications, except when lives or safety are threatened, or a previous probable cause-based court order or warrant has been granted)»*. Die *«erste Hürde»* des *«legitimate national security purpose»* ist aber allein dadurch *«nehmbar»*, in dem beispielsweise das FBI irgendeinen Grund für die Anwendung des Gesetzes angibt, der jedoch seitens der Behörde nicht nachzuweisen ist. Damit sind der Durchsuchung und Überwachung nach Meinung der Allianz Tür und Tor geöffnet: Die derzeitige Ausführung macht nicht klar, dass die Regierung einen Durchsuchungsbefehl für den Zugriff auf Inhalte für Strafverfolgungsrecherchen haben muss, wenn der Zweck nicht darin besteht, gezielt Beweise für ein Verbrechen zu erhalten, oder wenn es einen zweiten ausländischen Geheimdienst und einen kriminellen Zweck gibt. Als solche könnte der Gesetzentwurf der Regierung weiterhin erlauben, Anfragen zu stellen und auf Inhalte ohne richterlichen Beschluss in solchen Fällen zuzugreifen, in denen strafrechtliche Ermittlungen und Strafverfolgungen durchgeführt werden.

(The current language does not make clear that the government must have a warrant to access content for law enforcement searches where the purpose may not be to specifically obtain evidence of a crime, or in cases where there may be a dual foreign intelligence and criminal purpose. As such, the bill could still permit the government to conduct queries and access content without a warrant in cases involving criminal investigations and prosecutions.)

Der USA Liberty Act und das damit *«aufgebohrte FISA»* erlaubt es also nicht nur, die Kommunikation der US-Bürger selbst zu überwachen, sondern insbesondere die von *«ausländischen Zielen»*, wenn diese des Terrorismus verdächtig werden. Einmal mehr dient also der *«Terrorismus»* als Begründung für eine Ausweitung und verdachtslose Durchsuchung und Überwachung der weltweiten Kommunikation durch die USA.

Sowohl 2001 mit dem Patriot Act als auch 2015 mit dem USA Freedom Act setzten die Regierungen des Kriegsverbrechers George W. Bush und des Drohnenmörders Barack Obama auf ein Klima der Angst und der Angst induzierten Propaganda, um *«ihre Gesetze durchboxen zu können»*. Jetzt, da der Abschnitt 702 des Foreign Intelligence Surveillance Acts zum 31. Dezember 2017 ausläuft, ist seitens Washingtons dringender Handlungsbedarf gegeben, und durch die Anbindung dieses Abschnitts an den bzw. die Änderung des USA Freedom Act will man die Überwachungsmassnahmen weiter ermöglichen bzw. sogar erweitern. Mit weltweiten Folgen ...

Quellen:

Discover the Networks John Kerry

Media Silent As Government Uses Vegas Shooting To Push Bill Allowing Warrantless Searches

THE USA LIBERTY ACT

COALITION LETTER: ACLU AND OTHER GROUPS WON'T SUPPORT CURRENT VERSION OF HOUSE SURVEILLANCE BILL

9/11 Gave Us the Police State With the 'Patriot' Act, After Vegas Get Ready for 'USA Liberty' Act

Despite it Being Ruled Illegal, Obama's Secret Court Just Let the NSA Keep Spying on Your Phone

Why are People Celebrating? USA FREEDOM Act is a Big Win for the NSA- Not Civil Liberties

Quelle: <https://www.konjunktion.info/2017/10/usa-freedom-act-ausweitung-der-ueberwachung-durch-die-hintertuer-las-vegas-sei-dank/>

Studie: Wale und Delfine haben menschenähnliche Kultur und Gesellschaft

Andreas Müller; Grenzwissenschaft aktuell; Mo, 16 Okt 2017 18:41 UTC

Manchester (Grossbritannien) – Wale und Delfine leben in eng geknüpften sozialen Gruppen, bilden komplexe Beziehungen, sprechen miteinander und das zudem in regionalen Dialekten. Damit teilen die Meeressäuger zahlreiche Eigenschaften mit uns Menschen, die zudem – auch das zeigt die aktuelle Studie – mit der proportionalen Hirngrösse der Arten einhergeht, obwohl die Struktur unserer Gehirne sich deutlich unterscheidet.

Wie das internationale Team aus Wissenschaftlern um Dr. Susanne Shultz von der University of Manchester aktuell im Fachjournal *«Nature Ecology & Evolution»* (DOI: 10.1038/s41559-017-0336-y) berichtet, handle es sich beim Ergebnis der Untersuchungen um die erste umfangreiche Datenerfassung zu Hirngrösse und dem sozialen Verhalten von Walen.



© gemeinfrei

Hierzu haben die Forscher Informationen zu 90 unterschiedlichen Arten von Walen, Delfinen und Schweinswalen zusammengetragen und können nun anschaulich aufzeigen, dass die Tiere hochentwickelte soziale und gemeinschaftliche Verhaltensweisen entwickelt haben, wie sie vielfach auch die Grundlagen der menschlichen Kultur ausmachen. Die Studie zeigt zudem, dass diese sozialen und kulturellen Eigenschaften mit der Grösse und Ausdehnung des Gehirns (der sogenannten Encephalisation) einhergehen.

Die Liste an Verhaltensähnlichkeiten zwischen Walen, Menschen und anderen Primaten ist demnach lang:

- Komplexe Verhältnisse untereinander. Gemeinsames Arbeiten zum gemeinsamen Wohl.
- Soziale Weitergabe von (Jagd-)Techniken. Das Lehren von Jagdmethoden und Werkzeugnutzung.
- Gemeinschaftliches Jagen.
- Komplexe Laute-Kommunikation mit regionalen Gruppendialekten. Direkte ‹Ansprache› untereinander.
- Vokalnachahmung und individuelles ‹Signatur-Pfeifen› bzw. Nutzung von individuellen ‹Namen›.
- Spezifische Zusammenarbeit mit Menschen und anderen Arten.
- Mithilfe bei der Aufzucht fremden Nachwuchses (Alloparenting).
- Soziales Spielen.

«Die Fähigkeit von uns Menschen, mit unserer Umwelt und unseren Artgenossen in einen sozialen Kontakt zu treten und Freundschaften zu pflegen, hat es uns ermöglicht, nahezu jedes Ökosystem und jede Umwelt auf diesem Planeten zu kolonialisieren», kommentiert die Evolutionsbiologin Susanne Shultz die Ergebnisse ihrer Studie. «Wir wissen, dass Wale und Delfine ebenso wie wir über ein aussergewöhnlich grosses und anatomisch komplexes Gehirn verfügen, weshalb sie auch eine uns ähnliche, aber eben meeresbezogene Kultur entwickelt haben.»

Für die Forscher bedeutet das, dass die offenkundige Co-Evolution der Gehirne, sozialen Struktur und Vielfalt im Verhalten der Meeressäuger eine erstaunliche Parallele zum Verhältnis des grossen Gehirns und der Hyper-Sozialität von Menschen und anderen Primaten an Land darstellt. Allerdings wird die Kultur der Wale und Delfine nie unsere grossen Metropolen und Technologien nachahmen – vielleicht aber auch nur, weil ihnen für die Ausführung entsprechender Fertigkeiten der opponierbare Daumen fehlt.

Mit den neuen Daten haben die Wissenschaftler also die beiden Evolutionshypothesen vom ‹sozialen und kulturellen Gehirn› (social brain hypothesis, SBH; cultural brain hypothesis, CBH) überprüft, die ursprünglich entwickelt wurden, um die Entstehung der proportional ungewöhnlich grossen Gehirne der Primaten an Land zu erklären.

«Grosse Gehirne sind eine evolutionäre Antwort auf komplexe und informationsreiche Lebensumgebungen und -bedingungen», so die Forscher. Es sei aber **das erste Mal, dass diese Hypothesen in einem derart grossen Massstab nun auch auf intelligente Meeressäuger übertragen wurden.** «Unsere Forschung dreht sich also nicht nur um die Intelligenz von Walen und Delfinen, sie hat auch wichtige anthropologische Konsequenzen», erläutert Dr. Michael Muthukrishna, einer der Mitautoren der Studie. «Um auch zu einer grundlegenden Theorie des menschlichen Verhaltens zu kommen, müssen wir verstehen, was uns Menschen von (anderen) Tierarten unterscheidet. Und um das zu tun, brauchen wir eine Kontrollgruppe. Verglichen mit anderen Primaten sind Wale eine uns eher fremde Kontrollgruppe.»

«Wale haben viele komplexe soziale Verhaltensweisen mit uns und anderen Primaten gemein», stellt auch die Neurowissenschaftlerin Dr. Kieran Fox von der Stanford University und ebenfalls Mitautorin der aktuellen Studie abschliessend fest. «Allerdings besitzen sie eine andere Hirnstruktur, was einige Forscher dazu gebracht hat zu bezweifeln, dass Wale und Delfine höhere kognitive und soziale Fertigkeiten entwickeln können. Ich denke, dass unsere Studie nun deutlich macht, dass dies nicht der Fall ist. Stattdessen wirft sie aber eine neue und viel spannendere Frage auf: Wie können unterschiedliche Muster in der Hirnstruktur in völlig unterschiedlichen Arten dennoch ähnlich hochentwickelte kognitive und soziale Verhaltensweisen entstehen lassen?»

Quelle: <https://de.sott.net/article/31337-Studie-Wale-und-Delfine-haben-menschenahnliche-Kultur-und-Gesellschaft>

In Syrien herrscht grösstenteils Frieden – trotzdem wirbt FDP-Politiker Ruppert für Familiennachzug

Epoch Times; Aktualisiert: 19. Oktober 2017

Der Familiennachzug von Kriegsflüchtlingen sei ein wichtiger Knackpunkt bei Sondierungsgesprächen. Viele Politiker sprechen sich dafür aus und das, obwohl in Syrien grösstenteils wieder Frieden herrscht und der Wiederaufbau des Landes ansteht.

Für den Familiennachzug von Kriegsflüchtlingen hat sich der FDP-Politiker Stefan Ruppert ausgesprochen. Asylbewerber aus Syrien etwa würden wegen der Lage dort voraussichtlich «für einen längeren Zeitraum» in Deutschland bleiben, meinte Ruppert in der «Frankfurter Rundschau» (Donnerstagsausgabe). Dann müsse auch die Ehefrau oder der Ehemann dabei sein dürfen. «Das entspricht meinem christlichen Menschenbild», sagte Ruppert, der einer der Parlamentsgeschäftsführer der FDP im Bundestag ist. «Ich stelle mir das schwierig vor, wenn man fünf, sechs, sieben Jahre ohne seinen Ehepartner lebt.»

Zuvor hatte sich auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) gegen eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs für Asylbewerber ausgesprochen. Beide äusserten sich anlässlich der Sondierungsgespräche über ein Jamaika-Bündnis in Berlin.

In Syrien herrscht grösstenteils wieder Frieden

Dabei ist der IS zum grössten Teil aus Syrien vertrieben, Regierungstruppen kontrollieren zwei Drittel des Landes. «Der Krieg geht weiter, doch in strategischer Hinsicht hat Assad jene besiegt, die ihn zu stürzen versuchten», erklärt der Syrien-Experte Aron Lund von der Century Foundation. Schon jetzt kontrolliere Assad die grossen Bevölkerungszentren. Zu erwarten sei, dass die Regierung «Stück für Stück» auch den Rest des Landes zurückerobert werde. Syrien muss wieder aufgebaut werden. Westliche Regierungen wollen sich aber nicht am Wiederaufbau des Landes beteiligen.

«Wir glauben, dass der einzige weiterführende Weg in einem politischen Prozess besteht, und den Iranern, den Russen und dem Assad-Regime klargemacht werden muss, dass wir den Wiederaufbau Syriens nicht unterstützen, solange es keinen politischen Prozess gibt. Und das bedeutet, wie auch die UN-Resolution 2254 sagt, einen Übergang weg von Assad», meinte Grossbritanniens Aussenminister Boris Johnson Ende September.

Allerdings enthält die besagte UN-Resolution gar keine Passage, in der von einem «Übergang ohne Assad» die Rede ist. Es gibt keine vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution, die einen Rücktritt des syrischen Staatschefs fordert. Assad wird in der Resolution auch nicht namentlich erwähnt.

Familiennachzug wichtiger Knackpunkt bei Sondierungsgesprächen

Die Parteispitzen von CDU und CSU hatten sich Anfang Oktober darauf verständigt, den Familiennachzug für Asylsuchende mit dem sogenannten subsidiären Schutz weiterhin verhindern zu wollen. Die derzeit geltende Aussetzung läuft Ende März 2018 aus.

Die Frage des Familiennachzugs gilt als ein wichtiger Knackpunkt für die Bildung einer Jamaika-Koalition aus CDU, CSU, SPD und Grünen im Bund. Vor allem die Grünen dringen darauf, das Anrecht auf das Nachholen der sogenannten Kernfamilie in vollem Umfang wiederherzustellen. (afp/as/so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/in-syrien-herrscht-groesstenteils-frieden-trotzdem-wirbt-fdp-politiker-ruppert-fuer-familiennachzug-a2244521.html>



18.10.2017 (aktualisiert 21:13 18.10.2017); Tilo Gräser

Ausgerechnet ein ehemaliger hochrangiger CIA-Mitarbeiter sieht im Einfluss der Geheimdienste auf die US-Politik eine Bedrohung. Ray McGovern, ehemaliger Analytiker mit Spezialgebiet Sowjetunion, bedauert, dass Geheimdienste, Medien und Politik US-Präsident Donald Trump an einem besseren Verhältnis zu Russland hindern.

Trump würde «gerne eine vernünftige Politik gegenüber Russland betreiben», äusserte McGovern am Dienstag bei einer Veranstaltung in Berlin. «Doch jetzt kann er es nicht, wegen der Medien, der Geheimdienste und der Waffenhändler.»



Veranstaltung mit Ray McGovern
© Sputnik/Tilo Gräser

CIA, NSA & Co. hätten seit dem 11. September 2001 dreimal so viel Geld wie zuvor, stellte er im Interview mit Sputnik fest. In puncto USA-Russland-Beziehungen komme «das Märchen von der russischen Einmischung in die Wahl 2016» hinzu, das die Medien und die Wahlverlierer von der Demokratischen Partei, aber auch so manche Republikaner in die Welt gesetzt haben. Die Behauptung, er sei US-Präsident mit russischer Hilfe geworden, verhindere eine andere Politik Trumps gegenüber Moskau.

McGovern war in den 1980er Jahren hochrangiger CIA-Analytiker mit dem Spezialgebiet Sowjetunion/Russland, über das er die Präsidenten Ronald Reagan und George Bush persönlich informierte. 1990 ging er in Frührente und gründete Anfang 2003 zusammen mit anderen ehemaligen Geheimdienst-Mitarbeitern die «Veteran Intelligence Professionals for Sanity» (VIPS). Sie setzen sich nach dem Motto «Sagt den Mächtigen die Wahrheit» gegen den Missbrauch von Geheimdienstinformationen ein.

Bei seinem Berlin-Besuch im November 2016 hatte er kurz vor der US-Wahl noch gehofft, dass mit Trump ein Kurswechsel gegenüber Moskau möglich sei. Inzwischen sei er enttäuscht, habe aber die Hoffnung noch nicht aufgegeben, sagte der Ex-CIA-Mitarbeiter gegenüber Sputnik. Er hatte bei seinem Aufenthalt in der deutschen Hauptstadt vor knapp einem Jahr gemeinsam mit dem ehemaligen Technischen Direktor der National Security Agency (NSA), William Binney, davor gewarnt, dass die Geheimdienste und die Washingtoner Administration den neuen US-Präsidenten mit Falschinformationen täuschen werden. Nachdem er bereits mehrere Mal in Berlin war, hatte ihn diesmal der «NachDenkSeiten»-Gesprächskreis Charlottenburg eingeladen.

«Trump ist völlig unberechenbar»

Allerdings bezweifelte er aktuelle Berichte, nach denen genau das derzeit im Fall Syrien, Nordkorea oder Iran geschehe. McGovern hält es zwar für möglich, verwies aber darauf, dass zum Beispiel der US-Angriff auf Syrien nach dem angeblichen Chemiewaffeneinsatz am 4. April von Trump befohlen wurde, bevor er nähere Informationen dazu erhielt. «Meines Erachtens ist der Präsident völlig unberechenbar, ob die CIA ihm etwas sagen

würde oder nicht», beschrieb er im Interview als Problem. Das gehe aber noch weiter: «Wenn der Präsident völlig unberechenbar ist und man sich auf das Militär verlassen muss, dass es ihn bremst, dann sind wir in Gefahr!» McGovern verwies auf die hochrangigen Generäle in der Trump-Administration. «Wir haben eine militarisierte Regierung, aber mit einem unberechenbaren Präsidenten – vielleicht ist das nicht das Schlimmste, weil die Militärs hoffentlich Bescheid wissen, was Krieg bedeutet», fügte er hinzu.

«Wenn ich Putin wäre, würde ich annehmen müssen, dass man nie weiss, wie lange ein Abkommen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in Kraft bleiben wird», so McGovern. «Nicht nur Putin, sondern auch andere Staatsmänner müssen nachdenken: Was bedeutet eine Vereinbarung mit dem amerikanischen Präsidenten? Und ich spreche nochmals nicht nur von Trump, ich spreche auch von Obama.» Der Ex-CIA-Mitarbeiter erinnerte dabei an den von Putin und Obama bestätigten Waffenstillstand in Syrien im September 2016, der danach durch einen US-Angriff auf die syrische Armee zerstört wurde.

Verstehen hilft Krieg vermeiden

Es sei notwendig, Russland und dessen Präsidenten Wladimir Putin zu verstehen, betonte er. Das sei gegenwärtig im Westen jedoch nicht üblich. McGovern erinnerte in diesem Zusammenhang an das Jahr 1983, in dem gleich zweimal ein Atomkrieg hätte ausbrechen können. «Wir sind noch am Leben dank Oberst Michail Petrow», gedachte er des in diesem Jahr verstorbenen sowjetischen Offiziers, der im September 1983 einen Fehllarm eines angeblichen US-Raketenangriffs als solchen erkannt und eine Reaktion verhindert hatte.

Kurz danach habe die Führung in Moskau im November desselben Jahres die NATO-Übung «Able Archer 83» als realen Angriff mit Atomwaffen missverstanden. Das sei aber verständlich gewesen, betonte der Ex-CIA-Analytiker. Deshalb habe er gemeinsam mit Kollegen das Weisse Haus auf die sowjetischen Befürchtungen sowie die möglichen Konsequenzen aufmerksam gemacht und gefordert, das Manöver zu beenden, was auch geschah. Das war eines der wenigen positiven Beispiele des Einflusses der Nachrichten- bzw. Geheimdienste auf die Politik, die McGovern anführen konnte.

Die Macht des «Tiefen Staates»

McGovern beschrieb den Einfluss von «Deep State» – des aus den Geheimdiensten, Militär und Rüstungsindustrie bestehenden «Tiefen Staates» – mit einem Beispiel von Anfang dieses Jahres: Am 3. Januar hatte der langjährige US-Senator Chuck Schumer im Interview beim US-Sender MSNBC erklärt, Präsident Donald Trump sei dumm gewesen, einen Kampf mit den Geheimdiensten zu beginnen. Diese hätten viele Mittel, sich zu rächen, sagte Schumer laut McGovern. Der Senator habe Trump für klüger und vorsichtiger gehalten, als ausgerechnet «einen kleinen Krieg mit den Geheimdienstlern» anzuzetteln.

Er selbst habe gestaunt, dass die MSNBC-Moderatorin Rachel Maddow an der Stelle nicht nachgehakt habe und stattdessen eine Pause ankündigte, so der Ex-CIA-Mann. Sie hätte dagegen sagen sollen: «Senator Schumer, Sie sind 30 Jahre in Washington gewesen. Sie sagen mir, dass der Präsident der Vereinigten Staaten Furcht vor den Geheimdiensten haben soll? Wollen Sie das sagen?» Doch das sei nicht passiert, beklagte McGovern, und hob hervor, dass die Aussagen des Senators in der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert wurden. Das sage einiges über die Rolle der heutigen Medien in den USA aus.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20171018317928187-exklusiv-us-praesidenten-als-deep-staate-marionetten-ex-cia-mann-enthuellt/>

Dramatischer Insektenschwund in Deutschland

Epoch Times; 19. Oktober 2017

Kiloweise sammelten Forscher in den vergangenen 27 Jahren Insekten aus aufgestellten Fallen. Die Auswertung der Sammeldaten bestätigt: Die Insektenzahl schwindet vielerorts erheblich.



Eine Hummel landet bei Herdwangen auf einer blühenden Rapsblume.

Foto: Patrick Seeger/dpa

Die Zahl der Fluginsekten ist in Teilen Deutschlands erheblich zurückgegangen. In den vergangenen 27 Jahren nahm die Gesamtmasse um mehr als 75 Prozent ab, berichten Wissenschaftler aus Deutschland, Grossbritannien und den Niederlanden im Fachmagazin «PLOS ONE».

Die Analyse bestätigt erste, im Sommer vorgestellte Ergebnisse. Nicht an der Studie beteiligte Experten sprechen von einer überzeugenden Arbeit, durch die bisherige Hinweise auf ein massives Insektensterben auf eine solide Basis gestellt worden seien. Der Deutsche Bauernverband ist hingegen der Meinung, dass die Studie mehr Fragen aufwerfe, als dass sie Antworten gebe.

Die Publikation liefere den Beleg, dass der Schwund nicht nur einzelne Standorte betrifft, sondern «wirklich ein grösserflächiges Problem» ist, sagt Josef Settele vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Halle, der nicht an der Untersuchung beteiligt war. Fachleute vermuten schon lange, dass die Zahl der Insekten in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen ist. Verlässliche Daten sind allerdings rar.

Caspar Hallmann von der Radboud University in Nijmegen (Niederlande) und seine Mitarbeiter werteten nun Daten aus, die seit 1989 vom Entomologischen Verein Krefeld gesammelt worden waren, also von ehrenamtlichen Insektenkundlern. Diese hatten in insgesamt 63 Gebieten mit unterschiedlichem Schutzstatus in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und in Brandenburg sogenannte Malaise-Fallen aufgestellt. Das sind zeltartig aufgestellte Netze, in denen Fluginsekten in einen Sammelbehälter geleitet und getötet werden.

Die meisten Standorte wurden nur in einem Jahr des Studienzeitraums untersucht, einige in zwei, drei oder vier Jahren. Die Fallen wurden innerhalb einer Saison in regelmässigen Abständen geleert. Für die Analyse wurde jeweils die Gesamtmasse darin gefangener Insekten bestimmt. Dann verglichen die Forscher, wie sich in einzelnen Lebensräumen – etwa in Heidelandschaften, Graslandschaften oder auf Brachflächen – die Biomasse über die Zeit verändert hatte.

Die Methodik der Forscher sei in Ordnung, urteilen Fachkollegen. «Die Tatsache, dass an vielen Probestellen nur einmal Proben genommen wurden, spielt für die Validität der Daten keine Rolle», sagt etwa Johannes Steidle von der Universität Hohenheim. Dies zeige auch eine Teilanalyse der mehrfach beprobten Standorte. «Sie kommt zum selben Ergebnis wie die Hauptanalyse mit allen Probestellen.»

Insgesamt landeten 53,54 Kilogramm wirbellose Tiere in den Fallen – Millionen Insekten. Die Auswertung zeigte, dass im Verlauf der vergangenen 27 Jahre die jährliche Gesamtmasse im Mittel um gut 76 Prozent abgenommen hat. Am stärksten war der Verlust in der Mitte des Sommers, wenn am meisten Insekten herumfliegen. Er betrug knapp 82 Prozent. «Ein Schwund wurde bereits lange vermutet, aber er ist noch grösser als bisher angenommen», sagte Erstautor Hallmann.

Auf der Suche nach möglichen Gründen für den Insektenschwund untersuchten die Wissenschaftler etwa den Einfluss von Klimafaktoren, der landwirtschaftlichen Nutzung und bestimmter Lebensraumfaktoren. Die Analyse brachte jedoch keine eindeutige Erklärung. So gab es insgesamt einen positiven Zusammenhang zwischen Insektenbiomasse und Temperatur – der im Untersuchungszeitraum festgestellte Anstieg der Durchschnittstemperatur von einem halben Grad Celsius sollte sich also, wenn überhaupt, positiv auf den Bestand an Insekten ausgewirkt haben.

Vermutlich spiele die intensivierete Landwirtschaft samt dem Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln sowie der ganzjährigen Bewirtschaftung eine Rolle, erklären die Forscher. Untersucht haben sie dies aber nicht. Fast alle Untersuchungsstandorte – 94 Prozent – waren von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben. Es sei denkbar, dass Insekten in den Schutzgebieten zwar zunächst gediehen, die Insekten dann aber auf den angrenzenden Ackerflächen verschwänden, heisst es.

«Der dramatische Insekten-Rückgang zeigt, dass Schutzgebiete in nur noch sehr geringem Mass als Quellhabitate für die Besiedelung der Agrarlandschaft dienen können», sagt Teja Tscharnatke, Agrarökologin an der Georg-August-Universität Göttingen. Die Intensivierung der Landwirtschaft sei eine plausible Ursache für den Rückgang. Zu den Faktoren gehörten unter anderem grosse Felder, nur wenige schmale Feldränder und wenige Hecken und Gehölze.

Der deutsche Bauernverband pocht hingegen auf weitere Untersuchungen. «In Anbetracht der Tatsache, dass die Erfassung der Insekten ausschliesslich in Schutzgebieten stattfand, verbieten sich voreilige Schlüsse in Richtung Landwirtschaft», sagte Generalsekretär Bernhard Krüskens. «Die neue Studie bestätigt und betont ausdrücklich, dass es noch dringenden Forschungsbedarf zum Umfang und den Ursachen des dargestellten Insektenrückgangs gibt.»

Laut Settele vom UFZ könnten auch Klimaveränderungen nicht ganz als Ursache ausgeschlossen werden. «Zum Beispiel können klimatische Effekte auf der Landschaftsebene, wie höhere Temperaturen, in Kombination mit erhöhtem Stickstoffeintrag zu dichter Vegetation und dadurch kühlerem Mikroklima führen, was Effekte kaschieren kann.»

Was immer die Gründe für den Insektenschwund sind – sie haben einen weit verheerenderen Effekt als bisher erkannt, fassen die Autoren der aktuellen Studie zusammen. Der Verlust der Insekten wirke sich kaskadenartig auch auf andere Lebewesen aus und habe weitreichende Folgen für die Ökosysteme insgesamt. Die Ursachen und das geografische Ausmass müssten dringend genauer erforscht werden.

Dieser Ansicht ist auch Alexandra-Maria Klein, Landschaftsökologin von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Weitere Langzeitdaten seien nötig – aber wir sollten «nicht auf diese Ergebnisse warten, bis wir unsere Landnutzung ändern», sagt sie. «Dies könnte für einige Insekten zu spät sein.» (dpa)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/wissen/forschung/dramatischer-insektenschwund-in-deutschland-a2244736.html>



07:42 19.10.2017

Pjöngjang hat Washington mit einem «unvorstellbaren» Schlag zu einem «unerwarteten» Zeitpunkt gedroht, wie die Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf eine Erklärung der Zentralen Koreanischen Nachrichtenagentur KCNA meldet.

«Die USA haben ihre Ziele, die wir als vorrangig eingestuft haben, direkt vor unsere Nase gebracht», heisst es in der Mitteilung.

«Die USA sollten darauf warten, dass sie ein unvorstellbarer Schlag zu einem unerwarteten Zeitpunkt treffen wird.»

Damit reagierte Nordkorea auf das gegenwärtige Militärmanöver der USA und Südkoreas nahe der Koreanischen Halbinsel.

Am Montag war mitgeteilt worden, dass gemeinsame Marinemanöver der USA und Südkoreas nahe der koreanischen Halbinsel begonnen hätten. Das Pentagon verlegte einen Flugzeugträger und ein Atom-U-Boot dorthin und will Bomber schicken, die mit den Fliegerkräften des Bündnispartners zusammenwirken werden. Experten zufolge besteht die Gefahr solcher Übungen darin, dass Pjöngjang sie als Kriegsvorbereitung betrachten könnte.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20171019317930412-nordkorea-usa-droht-schlag/>

«Der Rechtsstaat erodiert schleichend»: Mittel für Justiz teilweise massiv abgebaut

Epoch Times; 19. Oktober 2017

«Der Rechtsstaat erodiert schleichend», sagt der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes. Er sieht «deutliche Indizien» für eine Überlastung der Justiz. Strafprozesse an den Landgerichten dauerten immer länger, Staatsanwaltschaften stellten immer öfter Verfahren ein, dringend Tatverdächtige müssten wegen zu langer Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

Die Bundesländer werden im kommenden Jahr nur wenig mehr für Justiz ausgeben. Das zeigt eine Umfrage des «Handelsblatts» (Donnerstag) unter den Bundesländern. Demnach werden die Länder, in deren Zuständigkeit der Rechtsschutz überwiegend fällt, 2018 im Schnitt nur 1,7 Prozent mehr für Justiz ausgeben. Damit summieren sich die Ausgaben der Justizhaushalte im kommenden Jahr auf rund 17 Milliarden Euro, nach 16,7 Milliarden Euro in diesem Jahr. In Bremen sinken die Ausgaben für Justiz sogar. Spitzenreiter ist Hamburg mit 283 Euro pro Kopf, gefolgt von Berlin. Schlusslicht sind Niedersachsen und Baden-Württemberg mit rund 163 Euro pro Kopf. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein liegen durch die Regierungswechsel nach den Landtags-

wahlen noch keine Haushaltsentwürfe vor. Hier kann jedoch unterstellt werden, dass der Justizetat zumindest nicht sinkt, schreibt das «Handelsblatt».

So hat die Jamaika-Koalition in Kiel bereits Personalverstärkungen bei der Justiz versprochen. Auch der neue NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) will vieles anders machen als die rot-grüne Vorgängerregierung. «Wir werden mit Personal und zusätzlichen finanziellen Mitteln aushelfen müssen, um die Justiz zukunftsfähig zu machen», sagte Biesenbach dem «Handelsblatt».

Ein Knackpunkt sind die Planstellen für Richter und Staatsanwälte. Hier gibt es krasse Unterschiede. So sank in Sachsen-Anhalt die Zahl der Staatsanwälte von 2007 bis 2017 um 20,7 Prozent. Im Saarland verringerte sich die Zahl der Richter in dieser Zeit um 10,7 Prozent. In Berlin und Niedersachsen wurde die Zahl der Richter-Planstellen hingegen um 16 beziehungsweise 9,8 Prozent deutlich aufgestockt.

«Der Rechtsstaat erodiert schleichend», sagte der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Sven Rebehn, dem «Handelsblatt». Er sieht «deutliche Indizien» für eine Überlastung der Justiz. Strafprozesse an den Landgerichten dauerten immer länger, Staatsanwaltschaften stellten immer öfter Verfahren ein, dringend Tatverdächtige müssten wegen zu langer Verfahrensdauer aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

Aktuell fehlten mindestens 2000 Richter und Staatsanwälte. «Es braucht dringend einen gemeinsamen Kraftakt von Bund und Ländern für den Rechtsstaat», sagte Rebehn. (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/der-rechtsstaat-erodiert-schleichend-mittel-fuer-justiz-teilweise-massiv-abgebaut-a2244701.html>

Eine der vielen Nebenwirkungen von Antibabypillen: Jede zehnte Frau bekommt Depressionen

Heilpraxisnet; Mi, 11 Okt 2017 17:26 UTC

Nebenwirkungen von hormoneller Verhütung: Jede zehnte Frau leidet unter Depressionen

Ein Grossteil der deutschen Frauen setzt bei der Verhütung auf die Antibabypille. Die Einnahme dieser Medikamente geht jedoch mit gesundheitlichen Risiken einher. Einer aktuellen Umfrage zufolge leidet jede zehnte Frau unter Depressionen als Nebenwirkung von Pille, Hormonspirale & Co.

Antibabypille mit Nebenwirkungen

Schnell, sicher und bequem: Nach wie vor greifen viele Frauen auf hormonelle Verhütungsmethoden zurück. Kein Wunder – sorgt die Antibabypille bei richtiger Einnahme und Anwendung für zuverlässigen Schutz und sexuelle Freiheit. Die Einnahme des Medikaments ist allerdings mit unangenehmen Nebenwirkungen verbunden. Unter anderem droht durch moderne Antibabypillen ein hohes Thrombose-Risiko. Zudem berichteten Forscher, dass durch die Pille das Risiko für Hirntumore erhöht wird. Und laut schwedischen Wissenschaftlern beeinträchtigt die Einnahme solcher Arzneien das Wohlbefinden bei Frauen. Doch es drohen noch mehr Gefahren: Einer aktuellen Umfrage zufolge geht hormonelle Verhütung häufig mit einer Depression einher.

Bevorzugtes Verhütungsmittel

Dass die Antibabypille kein harmloses Bonbon, sondern ein Medikament mit ernstzunehmenden Nebenwirkungen ist, ist längst bekannt. Dennoch gilt sie bei vielen Frauen nach wie vor als bevorzugtes Verhütungsmittel. Laut einer Umfrage der Siemens-Betriebskrankenkasse SBK nehmen 39 Prozent der 18–24-Jährigen und 38 Prozent der 25–34-Jährigen die Antibabypille. Bei den 35–45-Jährigen sind es noch 18 Prozent, neun Prozent bei den Befragten zwischen 45 und 54 Jahren.

Wie die Krankenkasse in einer Mitteilung berichtet, gab mehr als ein Drittel der Befragten (43 Prozent) an, die Pille schon einmal genutzt zu haben, diese als Verhütungsmittel jedoch nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Die Hormonspirale hingegen erfreut sich weniger Beliebtheit: Nur drei Prozent greifen aktuell bei der Verhütung darauf zurück.

Bei jeder zehnten Frau führt die Pille zu Depressionen

Dass hormonelle Verhütungsmethoden stets auch Risiken bergen, ist nichts Neues. Dennoch alarmieren die neuesten Zahlen: Jede zehnte Frau gibt an, in Folge der Einnahme unter Depressionen zu leiden oder gelitten zu haben.

Fast ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen (30 Prozent) gibt an, diese Nebenwirkung (gehabt) zu haben. «Das ist

ein beunruhigendes Ergebnis», sagte Dr. Alexander Klostermann, Gynäkologe beim SBK Gesundheitstelefon. «Stellt eine Depression doch eine ernste psychische Krankheit dar, die die Betroffenen schwer belastet und behandelt werden sollte.»

Häufige Nebenwirkungen sind neben Gewichtszunahme (28 Prozent) und Kopfschmerzen/Migräne (17 Prozent) auch sexuelle Unlust (neun Prozent). Besonders jüngere Frauen zwischen 18 und 24 Jahren bemerken häufiger Nebenwirkungen (65 Prozent). Über alle Altersklassen hinweg gaben dagegen 51 Prozent der Befragten an, keine Nebenwirkungen wahrgenommen zu haben.

Hormonelle Verhütung? Nein, danke!

Die Umfrage zeigt, dass viele Frauen auf hormonelle Verhütungsmethoden verzichten oder hormonfreien Alternativen gegenüber aufgeschlossen sind. So gaben 15 Prozent aller Befragten an, dass sie die Antibabypille noch nie eingenommen haben und diese auch zukünftig nicht als Verhütungsmethode in Betracht kommt.

Alternativ zur hormonellen Verhütung stehen bei den Teilnehmerinnen aller Altersklassen Kondome hoch im Kurs (48 Prozent). Die Kupferspirale ist vor allem für die Altersgruppen 18–24 (26 Prozent) und 25–34 (20 Prozent) eine Option. Auch die Kalendermethode, bei der eine Berechnung anhand der Zykluslänge stattfindet, ist für elf Prozent der Frauen eine Überlegung wert. Für Frauen zwischen 18 und 34 Jahren würden jedoch auch andere hormonelle Verhütungsmethoden, wie beispielsweise eine Pille mit anderer Zusammensetzung trotz Nebenwirkungen in Frage kommen (41 Prozent). Nichtsdestotrotz würden insgesamt 63 Prozent aller Frauen nicht-hormonelle Verhütungsmethoden als Alternative in Erwägung ziehen. (ad)

Quelle: <https://de.sott.net/article/31284-Eine-der-vielen-Nebenwirkungen-von-Antibabypillen-Jede-zehnte-Frau-bekommt-Depressionen>

Immunsystem reagiert auf Tattoos: Junge Australierin entwickelte geschwollene Lymphknoten durch Nanopartikel

heilpraxis.net; Fr, 06 Okt 2017 00:00 UTC



© belyjmishka / fotolia.com

Eine alte Tätowierung hat bei einer jungen Frau für grossen Schrecken gesorgt.

Krebs-Schock wegen Tattoo

Schock für eine junge Frau aus Australien: Nachdem die 30-Jährige geschwollene Lymphknoten unter ihren Armen entdeckt hatte, gingen die Ärzte von einer Krebserkrankung aus. Das lag nahe, denn die Lymphknotenschwellung bestand schon länger und konnte weder auf eine Entzündung noch auf eine Infektion zurückgeführt werden. Doch die genaue Untersuchung eines Knotens brachte Erstaunliches zu Tage: **Denn es waren keine Krebszellen, sondern Farbpigmente eines alten Tattoos, die für das Entstehen der Geschwulst verantwortlich waren.** Der ungewöhnliche Fall wurde nun im Fachmagazin «Annals of Internal Medicine» veröffentlicht.

Tattoo-Trend ist ungebrochen

Tattoos sind nach wie vor ein Massentrend. Knapp jeder Zehnte hat hierzulande laut der «Stiftung Warentest» eine Tätowierung, bei den unter 16- bis 29-Jährigen sogar fast jeder Vierte. Dass die Verzierungen des Körpers ein böses Nachspiel haben können, hat nun eine Frau aus Australien erlebt. Die 30-jährige hatte unter ihren Armen kleine Knubbel entdeckt, fühlte sich aber ansonsten völlig gesund. Nach weiteren Untersuchungen deutete jedoch alles auf einen bösartigen Tumor hin – ein Schock für die junge Patientin. Doch am Ende kam alles an-

ders, denn es stellte sich heraus, dass eine 15 Jahre alte Tätowierung für die Verdickungen unter den Achseln verantwortlich war.

Keine weitere Symptome

Die Frau kam dem Bericht zufolge in die Klinik, nachdem sie unter ihren Armen geschwollene Lymphknoten ertastet hatte. Sie hatte keine anderen Beschwerden wie Fieber, Nachtschweiss, Gewichtsverlust oder Husten und erschien abgesehen von den kleinen Knoten unter der Achsel als gesund. Eine Röntgenuntersuchung zeigte jedoch weitere geschwollene Lymphdrüsen, unter anderem in der Lunge.

Mediziner entfernen die schwarze Geschwulst

Da die Lymphknoten bei der Patientin schon länger vergrössert waren und keine Infektionskrankheit oder Entzündung vorlag, vermuteten die Ärzte eine ernste Ursache: «Zu 99 Prozent handelt es sich hier um Krebs», so der behandelnde Arzt, Dr. Christian Bryant, laut dem Sender <CNN>. Die Mediziner vom Royal Prince Alfred Hospital in Sydney entfernten einen der Lymphknoten und förderten eine gruselig aussehende, schwarze Geschwulst zu Tage. Doch eine genaue Untersuchung brachte ein überraschendes Ergebnis: Der Grund für die geschwollenen Knoten waren nicht etwa Krebszellen, sondern die Tinte eines 15 Jahre alten Tattoos, welches den Rücken der Frau bedeckte.

Immunzellen überwachen die Haut

Doch wie kann das sein? Wie die Experten erläutern, **hatte das Immunsystem der Patientin offenbar auf die Tätowierung reagiert**. «Die Haut hat ihre eigenen Immunzellen, die immer die Haut überwachen», so Dr. Bill Stebbins, Direktor der kosmetischen Dermatologie am Vanderbilt University Medical Center.

Nachdem die Immunzellen die Tattoo-Tinte <entdeckt> und als Fremdschubstanz identifiziert hatten, nahmen sie diese auf und versuchten, sie zu zerstören. Doch das gelang nicht, da die Farbpigmente zu gross für die Zellen waren. **In der Folge waren die Pigmente der Tattoo-Farben als Nanopartikel durch den Körper gewandert und hatten sich über die Jahre hinweg in den Lymphknoten angereichert – bis am Ende dunkle, grosse Geschwulste entstanden.**

Auslöser für die Reaktion bleibt unbekannt

Warum die Reaktion erst 15 Jahre nach der Tätowierung einsetzte, sei jedoch ein Rätsel. Die Mediziner hätten nicht eindeutig klären können, was der Auslöser dafür war, sagte Bryant. Die Patientin habe zwar angegeben, dass ihre Tätowierungen gelegentlich Juckreiz verursachten, allerdings nur für ein paar Tage jeden Monat. Die Art der entzündlichen Reaktion in ihren Lymphknoten – Granulom genannt – sei jedoch nicht in ihrer Haut gefunden worden.

Für Bryant und seine Kollegen ein absolut ungewöhnlicher Fall – und das erste Mal, dass sie so etwas gesehen haben, teilt <CNN> mit. «Die meisten Leute, die Tattoos haben, haben absolut keine Probleme», so Bryant. «Wir führen in unserer Praxis jede Menge Tattoo-Entfernungen mit Laser durch, und manchmal sehen wir Menschen, die allergische Reaktionen auf die Tinte entwickeln», erklärt der Direktor des Juva Skin and Laser Centers in Manhattan, Dr. Bruce Katz. Diese Reaktionen würden jedoch zu roten und nicht zu schwarzen Pigmentierungen führen.

Keine weitere Gefahr für die Patientin

Laut dem Bericht sei die Lymphknoten-Schwellung der Frau inzwischen zurückgegangen. «Die Dame wird keine grösseren Schwierigkeiten mehr haben. Das heisst, wir können den Fall mit Interesse betrachten, ohne uns traurig zu fühlen», sagte Bryant. «Das kommt in meinem Job nicht oft vor», so der Mediziner.

Juckreiz und Entzündungen durch Tattoo-Farben

Experten warnen immer wieder vor Gesundheitsgefahren durch Tätowierungen. Nicht selten treten Blutungen auf, und häufig kommt es zu allergischen Reaktionen gegenüber den Pigmenten in den Farben, die sich durch juckenden Hautausschlag oder sogar schwere Entzündungen äussern können. Dementsprechend sollte die Tätowierung unbedingt von einer qualifizierten Person durchgeführt werden und nur unter strengen hygienischen Bedingungen.

Darauf sollten Sie bei Tätowierungen achten

Doch was kennzeichnet einen guten Tätowierer? Bei der Auswahl des Studios sollte vor allem auf die Hygiene geachtet werden. Gucken Sie also genau hin, ob der Tätowierer frische Einmalhandschuhe trägt und steriles

(nicht destilliertes) Wasser zur Verdünnung der Farben verwendet wird. Ebenso sollte ein sauberer Arbeitsplatz selbstverständlich sein.

Instrumente und Materialien wie Nadeln, Papierhandtücher, Tupfer für Hautverletzungen etc. sollten generell nur als Einmalmaterial zum Einsatz kommen. Einen seriösen Tätowierer erkennt man ausserdem daran, dass er nicht sofort drauflos «sticht», sondern den Kunden zunächst gründlich berät und über mögliche Risiken aufklärt. (nr)

Quelle: <https://de.sott.net/article/31240-Immunsystem-reagiert-auf-Tattoos-Junge-Australierin-entwickelte-geschwollene-Lymphknoten-durch-Nanopartikel>

Eine Farce namens Jamaika

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 12. Oktober 2017

Seit Tagen trommeln die Medien für eine Regierungskoalition, die undenkbar sein müsste, wenn es den Altparteien um Inhalte und Positionen ginge. Aber es geht nur noch um Posten.

Nicht nur in der «Flüchtlings»-Frage liegen die zukünftigen Koalitionäre verbal konträr zueinander, auch in der Umwelt- und Energiepolitik wären ihre Positionen nicht vereinbar, wenn sie sich selbst ernst nehmen würden. Aber gehandelt wird längst nach dem Motto: «Was stört mich mein Geschwätz von gestern?»

Was hat Christian Lindner, der offenbar bereit ist, mit den Grünen «Regierungsverantwortung» zu übernehmen, gestern noch gesagt? Da hielt er die «Energiewende», konkret das EEG, für komplett gescheitert: «Von wegen Reform – das EEG muss weg.»

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist aber nicht nur ein Lieblingskind der «Klimakanzlerin», als die sich Merkel unter anderem profilieren wollte, sondern absolut unverhandelbar mit den Grünen. Die wollen auf dem Irrweg noch schneller voranschreiten, mit Verbot des Verbrennungsmotors und der staatlich geplanten Durchsetzung von E-Mobilität, ungeachtet der Umweltschädlichkeit dieser Vorhaben.

Lindner hat 2014 richtig das Ende dieser staatlichen Planwirtschaft gefordert. Das Jahrhundertprojekt «Energiewende» hätte nicht zu den gewünschten Zielen geführt, sondern lediglich bewirkt, dass Deutschland neben Italien die höchsten Industriestrompreise der EU hat. Arbeitsplätze und Investitionen würden zunehmend ins Ausland verlagert. Konventionelle Kraftwerke könnten nicht mehr rentabel betrieben werden, Stromanbieter zögen sich vom Markt zurück. Kohle- und Gaskraftwerke müssten staatliche Zuschüsse erhalten. Statt auf Wirksamkeit, bezahlbare Preise und Versorgungssicherheit zu achten, orientiere sich Deutschland einseitig und geradezu religiös überhöht auf den Klimaschutz.

Mit den Grünen, die sich in den letzten Jahren so radikalisiert haben, dass selbst Gewerkschaftsfunktionäre sie inzwischen als eine ernste Gefahr für den Industriestandort Deutschland ansehen, kann eine ernsthafte FDP keine gemeinsame Politik anstreben.

Kürzlich brachte es der mächtige Chef der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Michael Vassiliadis, in einem Interview mit der «Rheinischen Post» auf den Punkt: «Die Grünen haben sich in der Opposition radikalisiert und sind zu einer Ausstiegspartei geworden – nach Atomkraft wurde die Braunkohle zum Feind Nummer eins erklärt und neuerdings auch noch der Verbrennungsmotor.»

Auf die Frage nach der Forderung der Grünen, die zwanzig «dreckigsten» Kohlekraftwerke abzuschalten, um beim Diesel Zugeständnisse zu erreichen, antwortete der Gewerkschaftschef: «Ich kann nur davor warnen, es zu solchen Deals kommen zu lassen. Ein derart profanes Geschachere wäre ein fatales Signal für die Jamaika-Konstellation. Würde man 20 Braunkohlekraftwerke auf einmal aus dem System nehmen, wären alle Gruben sofort unwirtschaftlich. Die wegfallenden Kapazitäten müsste man durch das Hochfahren deutlich teurerer Gaskraftwerke kompensieren. Für einige energieintensive Industrien wären diese höheren Kosten aber durchaus existenzbedrohend. Hinzu kommt, dass man größere Netzschwankungen in Kauf nehmen müsste.»

Bei den Jamaika-Verhandlungen wird eine andere Obergrenze, als die für «Flüchtlinge» eine Rolle spielen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat eine Obergrenze für den Ausstoss an Treibhausgasen, den Kohlekraftwerke in Deutschland überhaupt noch produzieren dürfen, gefordert.

Für Vassiliadis kein guter Plan, denn «er folgt dem bekannten Muster deutscher Klimapolitik: Haarklein vorgegebene Abschaltziele durchsetzen zu wollen. Wer weitere Kraftwerke vom Netz nehmen und Ausstossobergrenzen festlegen will, der muss gleichzeitig Alternativen präsentieren, wenn das System nicht kollabieren soll. Und da höre ich seit Jahren herzlich wenig. Klar ist: Die Erneuerbaren werden uns noch über Jahrzehnte nicht allein versorgen können.»

So viel Realitätssicht ist bei den Koalitionsverhandlungen nicht zu erwarten, schliesslich sollen sich FDP und Grüne schon vor den eigentlichen Verhandlungen auf die zu besetzenden Ministerposten geeinigt haben. Allerdings wird es nicht mehr möglich sein, wie bei den Verhandlungen zur GroKo 2013, einfach alle Forderungen der Partner in die Vereinbarung zu schreiben. Man darf also gespannt sein, welche rhetorischen Verrenkungen gefunden werden, um die unüberbrückbaren Gegensätze zu vertuschen.

Es sei noch einmal daran erinnert, dass von 91% der Wähler die Grünen nicht gewählt worden sind. Also dürften sich ihre Forderungen nur sehr spärlich im Koalitionsvertrag wiederfinden.

Da Jamaika aber lediglich das Weiterregieren von Kanzlerin Merkel sichern soll, die selbst keinerlei Überzeugungen hat, die sie über Bord werfen könnte, wird es von der Union weitreichende Zugeständnisse an die Grünen geben. Das heisst, die zerstörerische Geisterfahrt «Energiewende» wird fortgesetzt, bis zum Blackout, von dem man weiss, dass er kommen wird, nur noch nicht wann.

Ähnliches ist von der aus dem allgemeinen Blickfeld geratenen «Eurorettung» zu erwarten, deren Auswirkungen sich hinter dem Rücken der Öffentlichkeit zu einem Problemberg aufgetürmt haben, der nur mit einer energischen Umsteuerung bewältigt werden könnte. Von Lindner weiss man, dass er den Eurorettungs-Skeptikern in seiner Partei ablehnend gegenübersteht und nicht daran denkt, ihre Konzepte auch nur in Erwägung zu ziehen. Nein, das «Zukunftsprojekt» Jamaika wird nicht darauf angelegt sein, unsere Zukunft zu sichern, sondern die Merkelsche «Alternativlosigkeit» bis zum bitteren Ende fortzusetzen.

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/10/12/eine-farce-namens-jamaika-2/>

Stillen ist beste Gesundheitsvorsorge überhaupt: Die Muttermilch bleibt für Babys unersetzbar

Heilpraxisnet; Mi, 11 Okt 2017 17:34 UTC



© stanislav_uvarov/fotolia.com

Muttermilch ist die beste Nahrung für einen Säugling. Dennoch stillen viele Mütter ihre Kinder viel zu kurz. Anlässlich der Weltstillwoche wird dazu aufgerufen, stillende Frauen mehr zu unterstützen.

Gut verdaulich und hygienisch einwandfrei: Muttermilch ist die beste Nahrung für Babys

Muttermilch ist die natürliche Nahrung für Säuglinge: Gut verdaulich, hygienisch einwandfrei und richtig temperiert. Doch leider stillen viele Mütter ihr Baby viel zu kurz. Anlässlich der Weltstillwoche informieren Experten darüber, wie wichtig die Muttermilch für den Nachwuchs ist.

Beste Ernährung für Säuglinge

Stillen gilt als die beste Ernährung für einen Säugling, denn in der Muttermilch befinden sich in optimaler Zusammensetzung alle Nährstoffe, die das Kind in den ersten Lebensmonaten braucht. Die Milch ist «gut verdaulich, hygienisch einwandfrei und richtig temperiert», schreibt das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in einer Mitteilung. Doch längst nicht alle Kinder werden lange genug gestillt. Unter dem Motto «Stillen unterstützen – gemeinsam!» ruft die diesjährige Weltstillwoche dazu auf, stillende Frauen in unserer Gesellschaft mehr zu unterstützen.

Gesundheitliche Vorteile für Kinder und Mütter

In wissenschaftlichen Untersuchungen zeigte sich, dass Stillen positiv für die Entwicklung des kindlichen Immunsystems ist. Zudem kann Stillen laut Studien vor Allergien schützen und das Risiko für Erkrankungen wie Diabetes-Typ-2 mindern.

Wichtig ist es insbesondere während der ersten sechs Monate des Lebens. Es hilft unter anderem auch, Durchfall zu verhindern.

Mütter, die stillen, haben Experten zufolge ein reduziertes Risiko für Eierstock- und Brustkrebs. Darüber hinaus hat sich in einer Studie gezeigt, dass Stillen Mütter langfristig vor Herz-Kreislauf-Erkrankungen schützt. Doch obwohl Stillen viele gesundheitliche Vorteile für die Entwicklung der Kinder hat, werden nur etwa vierzig Prozent aller Babys in den ersten sechs Monaten ihres Lebens ausschliesslich gestillt.

«Kein Land der Welt erfüllt die empfohlenen Standards für das Stillen», schreibt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer Mitteilung.

Babys insbesondere in den ersten sechs Lebensmonaten stillen

Auch hierzulande müsste mehr unternommen werden, um der Bevölkerung vor Augen zu führen, wie wichtig Stillen ist. Darauf weist der Deutsche Hebammenverband im Rahmen der Weltstillwoche unter dem Motto «Stillen fördern – gemeinsam» hin.

«Die Forderung, dass in Deutschland mehr für die Gesundheit von Frauen und Familien getan werden muss, beinhaltet insbesondere in den ersten Lebensmonaten eines Kindes die Möglichkeit zu stillen», so Martina Klenk, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands, in einer Mitteilung. «Und zwar unabhängig davon, ob dies öffentlich oder im privaten Raum geschieht.»

Doch leider berichten Frauen immer wieder über negative Erlebnisse nach dem Stillen in der Öffentlichkeit. Eine vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Auftrag gegebene Studie zeigt laut dem Verband, dass Stillen in der Öffentlichkeit umso positiver aufgenommen wird, je mehr über die gesundheitlichen Vorteile bekannt ist.

Stillende Frauen müssen wertgeschätzt werden

Ein gesellschaftliches Klima, in dem stillende Frauen sich wertgeschätzt und akzeptiert fühlen, ist für den Still-erfolg ebenso wichtig wie individuelle, fachkundige Unterstützung, schreibt das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in einer Mitteilung anlässlich der Weltstillwoche. Stillen als Normalität ist das Ziel.

Die Nationale Stillkommission am BfR weist auf zwei neue Forschungsprojekte zum Stillen in Deutschland hin. Im international angebundenes Projekt «Becoming Breastfeeding Friendly» (BBF) wird erstmals der aktuelle Stand der Stillförderung in Deutschland umfassend analysiert. Eines der acht Handlungsfelder dieses Projektes untersucht, welchen Stellenwert das Thema «Stillen» in den deutschen Medien hat.

Neben diesem Projekt wird zudem ein von der Nationalen Stillkommission vorgeschlagenes Folgeprojekt der vor 20 Jahren durchgeführten bundesweiten «SuSe»-Studie («Stillen und Säuglingsernährung») gestartet.

Die gross angelegte Studie «SuSe II» erhebt umfassende Daten zur Stillhäufigkeit sowie zu Einflussfaktoren auf das Stillverhalten und auf die Ernährung von Säuglingen.

Wie stillfreundlich ist Deutschland?

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat das Netzwerk «Gesund ins Leben» und die Nationale Stillkommission beauftragt, das Vorhaben «Becoming Breastfeeding Friendly» (BBF) in Zusammenarbeit mit der Universität Yale für Deutschland durchzuführen.

Dabei untersucht eine Expertenkommission unter anderem, wie stillfreundlich Deutschland ist. Ein Schwerpunkt ist hierbei die Analyse, wie deutsche Medien über das Thema Stillen berichten und in welchem Umfang und über welche Kanäle Prominente öffentlichkeitswirksam für das Stillen werben.

Auf Basis der Ergebnisse schlägt die Expertenkommission dann Massnahmen vor, um das gesellschaftliche Klima in Deutschland stillfreundlicher zu gestalten.

Des Weiteren startete kürzlich das von der Nationalen Stillkommission vorgeschlagene Folgeprojekt der im Jahr 1997/1998 durchgeführten «SuSe»-Studie. «SuSe II» soll zeigen, ob und wie sich das Stillverhalten und die Säuglingsernährung in Deutschland seither entwickelt haben.

Dazu werden ca. 170 Geburtskliniken und 1500 Mütter befragt. Die auf zwei Jahre angelegte Studie wird vom Forschungsdepartment Kinderernährung (FKE) der Universitätskinderklinik Bochum durchgeführt und vom BMEL gefördert.

Auftraggeber ist die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE). Die Forschungsergebnisse sind Grundlage für gesundheits- und ernährungspolitische Massnahmen und sollen die praxisnahe, professionelle Beratung junger Familien zum Stillen und zur Säuglingsernährung erleichtern. (ad)

Quelle: <https://de.sott.net/article/31285-Stillen-ist-beste-Gesundheitsvorsorge-uberhaupt-Die-Muttermilch-bleibt-fur-Babys-unersetzbar>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz